Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

20 (20.1.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatl. 12.50 M., in den Ausgabestellen abgeholt monatl. 10.50 Mk., auswärts durch unsere Agentur bezogen 12.50 M., monatl., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 11.— M., vierteljährlich 33.— Mk. Einzelverkauf Werktags 50 Pfg., Sonntags 60 Pfg.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 2.65 M.; auswärts 3.— M.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 1.90 M.; Reklamezeile 8.50 Mk., an erster Stelle 10.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jüger, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 428. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 20. — Freitag, den 20. Januar 1922 — Erstes Blatt.

Zentrumspolitik.

Der Reichsparteitag des Zentrums, der dieser Tage in Berlin stattfand, hatte wie alle Parteitage in erster Linie zwei Ziele: einmal Bekundung der Macht und Geschlossenheit der Partei nach außen, also ein propagandistisches; dann Rechenschaftsablegung der Führer gegenüber der Partei über das, was getan wurde, und was getan werden soll: also innere Klärung. Das erste Ziel wurde ganz erreicht. Durch die starke Vertretung, die das Zentrum in der Reichsregierung und in den der Einzelländer hat, ist die Partei in der Lage, das Interesse der großen Oeffentlichkeit auf ihre Veranstaltungen zu ziehen. Wenn auch die Minister zunächst als Parteileute sprechen, so werden von den Außenstehenden ihre Aeußerungen doch als Aeußerungen amtlicher Stellen bewertet. Auch das zweite Ziel, die innere Klärung, dürfte der Parteitag erreicht haben, wenn auch das Wort Klärung nicht so verstanden werden darf, wie es verstanden werden könnte. Die Gegensätze, die vor dem Parteitag vorhanden waren, die in jeder Partei vorhanden sind und vorhanden sein müssen, hat auch dieser Parteitag nicht beseitigt. Er hat nur eine Klärung der Machtfrage zwischen den beiden Richtungen gebracht nach der Seite, daß augenblicklich der Kurs, der durch den Kanzler Wirth bestimmt ist, unbedingt die Mehrheit in der Partei hinter sich hat. Die überaus geschickte Taktik der Zentrumsführer hat es sogar fertig gebracht, daß die Vertrauenskundgebung für Dr. Wirth einstimmig angenommen wurde. Damit war das eigentliche und Hauptziel des Parteitages erreicht.

Dr. Wirths Stellung innerhalb der Partei ist neu gefestigt. Der Zentrumsparteitag hat wieder einmal den Beweis geliefert, daß das Zentrum die sicherste Wählergefolgschaft hat. Diese Gefolgschaft ist allerdings noch kein Beweis dafür, daß eine Partei auf dem richtigen Wege ist, die Mehrheit hat allzu oft schon geirrt. Die Gefolgschaft der Wähler beweist nur die Geschicklichkeit der Parteiführer, auf die breiten Massen zu wirken. Das Zentrum nennt als Ursache der sicheren Gefolgschaft seiner Wähler die Gemeinsamkeit der religiösen Anschauungen. Ohne Zweifel liegt darin eine große Stärke. Aber nicht immer die Verhandlungen auf dem Parteitag haben durchblicken lassen, daß dieses Bindemittel manchmal auch seine Wirkung verliert und zwar in dem Maße, als die geistige Interessiertheit des Einzelnen sich mit religiösen und politischen Fragen beschäftigt. Von verschiedenen Seiten wurde z. B. darauf hingewiesen, wie schwer es für die Partei sei, die akademische Jugend zu erfassen. Vom rein parlamentarischen Standpunkt ist zuzugeben, daß die Stetigkeit in der Anhängerschaft den Männern, die eine Partei in die Regierung entsendet, ein Gefühl der Sicherheit und Ruhe gibt, ein Gefühl, das zur Durchführung großer Aufgaben von außerordentlichem Wert ist.

Die Politik des Zentrums ist heute zwangsläufig geworden, d. h. das Zentrum ist durch seine eigenen Taten auf einen bestimmten Weg gezwungen und muß ihn mit einer gewissen Naturnotwendigkeit gehen, wenn es nicht sich selbst gefährden will. Das Wollen wird stark durch das Geschehene bestimmt. Daraus ist auch die Haltung des Parteitages gegenüber der Wirthschen Politik zu erklären. Wirth hat das Zentrum auf Wege geführt, auf denen es ihm vorerst folgen muß. Auch die Gegner der Wirthschen Politik innerhalb des Zentrums wissen das und stellen aus Liebe zur Partei, nicht zu Wirth, die Gegensätze zurück.

Der Kanzler hat sich durch den Parteitag bescheinigen lassen, daß sein Ja gegenüber dem Londoner Diktat vom Mai, und daß der „Leidensweg von London nach Cannes" richtig waren. Mit diesem Urteil in der Tasche wird Dr. Wirth seinen Weg weiter gehen mit dem festen Glauben an das Erwachen der Vernunft; obgleich in Cannes die Vernunft durch Poincaré erschlagen wurde. Nun setzt Dr. Wirth mit kühnem Optimismus seine Hoffnung auf die nächste Konferenz. Und predigt Geduld. Geduld ist allerdings die Voraussetzung eines jeden Erfolges in der Politik. Aber die Geduld hat Dr. Wirth selbst verlassen, als er vom Parteitag das Wort „richtig" für seine bisherige Politik forderte. Geduld! noch sind wir nicht soweit, noch ist das „richtig" verfrüht. Noch ist alles in der Schwebe. Und die Vernunft, die Dr. Wirth wahrscheinlich in der Aenderung der englischen öffentlichen Meinung erblickt, ist zunächst nur englischer Eigennutz. Warum hat Dr. Wirth nicht von den Denkschriften der englischen und amerikanischen Handelskammern über Deutschlands Lage gesprochen. Warum hat er nicht erzählt, daß die amerikanische Denkschrift ganz im französischen Sinne geschrieben ist, und daß die englische Denkschrift sozusagen die Vermögenswegnahme zugunsten der Entente empfiehlt. Da zeigt sich wenig Vernunft.

Sehr beachtet wurden des Kanzlers Ausführungen über die Steuern und im Zusammenhang mit andern Rednern glauben die Blätter von einem weiteren Ruck nach links in der Zentrumspolitik sprechen zu können. Die nächsten Tage müssen die Entscheidung über die viel umstrittenen Steuerpläne bringen, dann wird es sich zeigen, wieweit sich das Zentrum von der Sozialdemokratie beeinflussen läßt. Die sozialistischen Blätter sprechen schon von der nachrückenden Gefolgschaft des Zentrums in der Steuerfrage!

Dr. Wirth hält mehr Reden als je ein Kanzler gehalten hat. Bei seiner Art, frei zu sprechen, entschlüpft ihm manches Wort, das er wohl nicht niedergeschrieben hätte. So sagte er in seiner Rede vor dem Parteitag nach dem Bericht der „Germania": „Die Zentrumspartei ist geradezu ein Mittel der Vorsehung, um die christliche Gedankenwelt im öffentlichen Leben zu verteidigen." Die Tragweite dieser Worte hat Dr. Wirth sicher nicht sofort erkannt, sonst hätte er sich sagen müssen, daß in diesen Worten nicht nur eine Anmaßung, sondern auch eine Kränkung für alle diejenigen liegen muß, die zwar nicht dem Zentrum angehören, aber doch in voller Ehrlichkeit für christliche Ziele eintreten. Sie fühlen sich der Vorsehung so nahe wie Dr. Wirth. Es soll sogar auch Katholiken geben, die nicht zum Zentrum gehören, weil ihnen andere Parteien wohl ebenso als Mittel der Vorsehung erscheinen wie das Zentrum. Die Worte sind in dem vom Wolffschen Büro verbreiteten Bericht weggelassen. Vielleicht hat er selbst nachher oder haben seine Ratgeber erkannt, was diese Worte bedeuten.

e.

Wiener Brief.

(Von unserem Wiener Berichterstatter.)

Was zu erwarten war, ist nunmehr geschehen. Die vor Weihnachten vertagte Krise der österreichischen Regierung wegen des Abschlusses des Vertrages von Lana ist ausgebrochen. Die Großdeutschen, die gleich nach dem Bekanntwerden der Abmachungen erklärten, sie könnten einem Vertrag ihre Zustimmung nicht erteilen, der das Diktat von St. Germain zur Grundlage der künftigen Politik Deutsch-Oesterreichs mache und überdies jene Vereinigungen, welche sich die Aufrechterhaltung der Zusammengehörigkeit mit den Sudetendeutschen zum Ziele setzten, zu verbotenen, geheimen Vereinen stemple, beharren auf ihrer ablehnenden Haltung, und die großdeutsche Reichsparteileitung wird gleich den großdeutschen Abgeordneten die Nichtgenehmigung des Vertrages beschließen. Damit ist aber nicht nur die Stellung des großdeutschen Ministers Dr. Waber im Kabinett, der längst Rücktrittsabsichten äußerte, sondern die Stellung des Kabinetts Schober, das neben den Christlichsozialen vor allem von den Großdeutschen gestützt wurde, erschüttert.

Ehrliches Wollen kann man dem bisherigen Bundeskanzler Schober sicherlich nicht absprechen. Als Polizeipräsident von Wien hatte er sich in der überaus kritischen Zeit der Kommunistenunruhen geradezu glänzend bewährt. Allein trotzdem er im Kriege Chef der Staatspolizei war, ermangelte er in der hohen Politik, die er als Minister des Aeußeren zu führen hatte, vielfach eines genügenden politischen Scharfblickes, und bewahrheitete das Wort Shakespeares: „Man ist verflucht wenig, wenn man nur ein ehrlicher Mensch ist." Den Diplomatenkünsten de la Torettas in Venedig war Schober ebensowenig gewachsen wie den Hinterhältigkeiten der ungarischen Regierung in der Oedenburger Affäre. Freilich konnte man hier zu seiner Entschuldigung anführen, daß er von Seite des italienischen Außenministers vielfach vor Zwangslagen gestellt wurde und Oesterreich, bar aller Machtmittel, alles hinnehmen mußte, was Mächtigere zu verfügen für gut fanden. Daß Bundeskanzler Schober mit dem tschechischen Staat in ein besseres Verhältnis zu gelangen suchte, daß er die Verkehrsschwierigkeiten abzubauen trachtete, ein Wirtschaftsabkommen mit der tschecho-slowakischen Republik abschloß, dagegen wäre nichts einzuwenden gewesen. Befremdlich wirkte es nur, daß Bundeskanzler Schober, ohne Rücksprache auch nur mit den Mitgliedern seines Kabinetts zu nehmen, allen Anregungen des tschechischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch mit seiner Unterschrift beistimmte, wodurch Deutsch-Oesterreich den Vertrag von St. Germain als Grundlage seiner künftigen Politik erklärte. Daß Bundeskanzler Schober nicht die Empfindung hatte, dadurch in weiten Kreisen Deutsch-Oesterreichs schwere Verstimmungen hervorzurufen, erscheint mehr als verwunderlich.

Was nunmehr geschehen soll, darüber sind sich die Parteien selbst noch nicht klar. Christlichsoziale und Sozialdemokraten erheben zwar gleichfalls nachhaltige Einwendungen gegen das Abkommen von Lana, wollen diese Proteste auch in Form von parlamentarischen Resolutionen bei der Abstimmung geltend machen; allein es scheint nicht ausgeschlossen, daß sie den Vertrag selbst genehmigen möchten und ihre Einwendungen nur vonseiten der Regierung dem tschechischen Vertragspartner zur Kenntnis gebracht werden sollen. Damit wäre zwar möglicherweise die Mehrheit für den Vertrag, aber noch keine Mehrheit für die Regierung Schober gegeben. Welchen Ausweg man aus diesen Wirrnissen finden wird, wird sich erst nach einiger Zeit zeigen. Vermerkt sei, daß man sowohl bei Großdeutschen, wie Christlichsozialen wünscht, wenn der Vertrag von Lana auf irgend eine Weise aus der Welt geschafft ist, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, an dessen Spitze möglicherweise wieder Kanzler Schober, oder der frühere christlichsoziale Kanzler Dr. Mayer stehen soll, wobei das Außenamt aber jedenfalls neu zu besetzen wäre. Großdeutsche und christlichsoziale Parlamentarier hätten diesem Kabinett das Gepräge zu geben. Soweit ist man freilich noch nicht. Vorläufig wird man trachten müssen, die Richtlinien aufzustellen, nach denen künftig Deutsch-Oesterreichs äußere Politik geführt werden soll.

Dr. H. R.

Poincarés Kammerrede.

Poincarés Hetze.

Paris, 19. Jan. Havas meldet: Die wichtigsten Stellen der Erklärung, die Poincaré heute nachmittag in der Kammer verlesen hat, lauten:

Das Kabinett, das sich Ihnen hier vorstellt, hat keinen anderen Ehrgeiz, als in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament die Achtung vor den Verträgen herzustellen, die die Friedensbedingungen enthalten. Wir können nur dann ganz sicher sein, die französischen Finanzen zu retten, wenn Deutschland sämtliche Verpflichtungen erfüllt, die es übernommen hat. Es wäre die schreiendste Ungerechtigkeit, wenn ein Land, das einen Angriff erleiden mußte (das sagt Poincaré, der Kriegshetzer. D. Red.) und von dem 18 Departements durch Invasion verwüstet wurden, auf seine Kosten die Ruinen wieder aufbauen müßte, die ein Krieg von vierjähriger Dauer auf seinem Gebiete geschaffen habe, und wenn es seinen Steuerpflichtigen zumuten müßte, die regelmäßigen Zahlungen für die Hinterbliebenen der Kriegsopfer, die Witwen und Waisen, für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der Väter, die vom Feinde erschossen worden sind, sicherzustellen.

*

w. Paris, 19. Jan. (Drahtbericht.) Die Regierungserklärung wendet sich weiter gegen die Annahme, daß Frankreich von imperialistischen Beweggründen geleitet sei und betont, daß die grundlegenden Bedingungen für den allgemeinen Wiederaufbau die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete und Schäden in Frankreich sei. Sie fährt dann fort: Das Problem der Reparationen beherrscht alle anderen Fragen, und wenn Deutschland in dieser wichtigen Frage seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so wird die Reparationskommission weitere Maßnahmen zu prüfen haben; dann werden wir auf Pfändern und Garantien, auf Einrichtung einer wirksamen Kontrolle über den Reichshaushalt, über die Notenausgabe und die Ausfuhr Deutschlands bestehen müssen. So wichtig auch diese Angelegenheit für Frankreich ist, so darf sie uns doch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles ebensowenig vergessen lassen wie die Abrüstung und die Bestrafung der Kriegsverbrecher. So lange diese nicht ausgeführt sind, sind wir nicht nur vollkommen berechtigt, die Sanktionen beizubehalten und weitere zu ergreifen, sondern wir werden auch ermächtigt sein, zu erklären, daß die Räumungsfristen für das linke Rheinufer noch nicht zu laufen begonnen haben. Mehr als je ist es wichtig, diese Auffassung, die die französische Regierung immer vertreten hat, beizubehalten.

In diesen verschiedenen Fragen und in allen denen, vor die wir noch gestellt werden, werden wir eine loyale Haltung einnehmen und uns mit unseren Verbündeten verständigen. Wir werden die Prüfung der Angelegenheiten wieder aufnehmen, die vorübergehend Mißverständnisse hervorgerufen haben, und werden uns bemühen, sie friedlich beizulegen. Wir werden nachdrücklich fordern, das die im Programm von Cannes festgelegten Bedingungen von den Delegierten in Genua vor jeder anderen Debatte angenommen oder abgelehnt werden und daß keine Bestimmung der Verträge auch nur indirekt auf der Konferenz in die Debatte gezogen werden wird: Wenn wir in dieser Hinsicht keine sichere Bürgschaft erhalten, so würden wir gezwungen sein, uns volle Handlungsfreiheit vorzubehalten. Wir werden uns glücklich schätzen, wenn das Abkommen, das der Festigung des Friedens dienen soll, bald von Frankreich und England unterzeichnet wird. Wir zweifeln nicht daran, daß es von beiden Ländern auf der Grundlage absoluter Gleichberechtigung unterzeichnet werden kann, das beiden Ländern nützen soll. Wir zweifeln auch nicht daran, daß dieses Abkommen ohne Einschränkung die gegenwärtigen und die künftigen Garantien beibehält, wie sie die Friedensverträge anerkennen. Wir werden uns gleichzeitig mit Italien und England zu verständigen haben, um zu versuchen, im Orient die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Griechen und Türken zu verhindern, um im Einverständnis mit unseren Verbündeten Nutzen aus dem Abkommen von Angora zu ziehen und endlich Ruhe an den Türen Europas zu schaffen. Freundschaftliche Beziehungen werden besonders mit den Vereinigten Staaten gepflogen werden.

Deutschlands Antwort an die Entente.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Berlin, 19. Jan. Die Arbeiten der einzelnen Reichsministerien zur Aufstellung des von der Reparationskommission geforderten deutschen Reform- und Garantieplanes sind im vollen Gange. Die Arbeiten werden dadurch erleichtert, daß das ganze Material bereits seinerzeit für die deutsche Cannes-Delegation zusammengestellt worden ist und jetzt Verwendung finden kann. Vor allem handelt es sich darum, der Reparationskommission die in Aussicht genommene Regelung der Reichsfinanzen im einzelnen darzulegen und einen Gesamtplan aufzustellen. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Denkschrift unter anderem eingehende Mitteilungen über die Wirkungen der neuen Steuern und über die beabsichtigte Regelung der Kohlenpreise enthalten.

In bezug auf die von der Entente geforderte Stillegung der Notenpresse beabsichtigt die Reichsregierung auf die großen Schwierigkeiten hinzuweisen, die damit verbunden wären. Soweit eine Uebersicht möglich ist, werden nach dem bisherigen Abschluß des Reichsetats nicht mehr als 18 Milliarden Papiermark für die Reparationsleistungen zur Verfügung stehen, es sei denn, daß man vor einer weiteren Vermehrung der schwebenden Schulden nicht zurückschreckt, was die Entente ja gerade vermeiden will; zu beachten wäre, daß die Zahlung von Sachleistungen an Stelle von Barzahlungen den Devisenbedarf zwar verringert, dafür aber den inneren Etat um so stärker belasten würde. Die schweren Krisen, die man von den großen Barzahlungen erwartet, sind durch die Umstellung auf Sachleistungen allein noch lange nicht behoben. Auf alle diese Einzelheiten wie auf die Rückwirkung einer Schwächung der inneren Wirtschaft Deutschlands auf den Weltmarkt wird die Denkschrift hinweisen und auch die Folgen für die Weltwirtschaft beleuchten. Für die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Rußlands soll die Denkschrift Vorschläge enthalten.

Eine Regierungskrise in London.

London, 19. Jan. (Drahtber.) Der gut informierte Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt:

Im Kabinett herrscht keine Uebereinstimmung darüber, ob es geraten sei, daß Lloyd George persönlich nach Genua gehe. Einige Mitglieder des Kabinetts seien der Ansicht, daß das Prestige der britischen Regierung durch die häufigen Reisen des Regierungshauptes zu Konferenzen auf dem Kontinent nicht vergrößert werde. Die Ansicht scheint an Boden zu gewinnen, daß die Wirtschaftskonferenz die schwierigen Probleme, mit denen sie sich zu befassen habe, in einer weniger fieberhaften Atmosphäre verhandeln müsse als es in Cannes geschehen sei. Auch andere Umstände machten Lloyd Georges Reise nach Genua zweifelhaft. Die parlamentarische Lage würde sicher die Anwesenheit des Premierministers von England erfordern. Wenn Lloyd George im März abreise, so werde vielleicht der Zwiespalt in der Koalition den Sturz der Regierung herbeiführen.

„Daily Mail" ist der Ansicht, daß der Zwiespalt in der Koalition sich erweitere. Die unionistische (konservative) Partei sehne sich nach Macht. Wenn die unionistische Partei, die mit 349 Abgeordneten im Unterhaus eine Mehrheit über alle anderen Parteien habe, Lloyd Georges Rücktritt wünsche, so werde Lloyd George nichts anderes übrig bleiben, als abzudanken. Die angestrengten Versuche der politischen Führer, die Kluft zwischen den beiden Flügeln der Koalition zu überbrücken, seien erfolglos geblieben und die Ereignisse treiben einem völligen Bruch zu. Die Erregung ist groß und Lloyd Georges Stellung werde als gefährdet angesehen. Die Möglichkeit eines Rücktrittes sei während der letzten Tage erörtert worden. In unionistischen Kreisen sei man überein gekommen, daß, wenn Lloyd George zurücktreten sollte, Chamberlain aufgefordert werden soll, ein neues Ministerium zu bilden und die Geschäfte weiter zu führen, bis ein geeigneter Zeitpunkt der Auflösung des Parlaments gekommen sei.

Die „Times" berichten, Ende der letzten Woche seien die Meinungsverschiedenheiten des Kabinetts so groß gewesen, daß die Möglichkeit des Rücktrittes Lloyd Georges bestanden hätte. Diese Möglichkeit bestehe jedoch jetzt nicht mehr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Deutscher Reichstag

(154. Sitzung.)

t. **Berlin**, 19. Jan. Am Regierungstisch Justizminister Dr. Radbruch.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr und gedenkt, während sich die Anwesenden von den Sitzen erheben, des Ablebens des Abg. v. Delbrück (D.Ntl.). — Für den Abg. v. Delbrück tritt Frau Hoffmann-Bochum in den Reichstag ein.

Das Gesetz zur Vereinfachung des Aufgebotverfahrens geht auf Antrag des Abg. Schultz-Bromberg an den Rechtsausschuß.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Entschädigung der durch Ersatzwahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Vertrauensmänner. Sie sollen wie Schöffen und Geschworene neben Reisekosten Tagegelder erhalten.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch:

Eine starke Erhöhung der Vergütungen der Schöffen und Geschworenen sehe auch ich als eine dringende und drängende Maßnahme an. Sie unterliegen gegenwärtig dem Meinungsaustausch der Länder. Die Neugestaltung des Auswahlapparates wird einen der Hauptpunkte des Gesetzes zur Neuordnung des Strafgerichtswesens bilden. Dieses Gesetz unterliegt gegenwärtig der Stellungnahme der Länder. Der Entwurf dürfte im März dem Kabinett vorgelegt werden können.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen unverändert angenommen.

Auf der Tagesordnung steht eine demokratische Interpellation über die

Finanznot der Gemeinden.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Gemeinden infolge der Verzögerung der Ueberweisungen aus der Reichseinkommensteuer völlig außer Stande sind, Mehrausgaben aufzubringen, die sie durch die Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten, Arbeiter usw. haben. Die Reichsregierung wird aufgefordert, den Gemeinden schleunigst die Deckung für diese Ausgaben zu gewähren. Es wird gefragt, ob etwa eine Kontrolle der Gemeindefinanzen durch die Landesregierungen beabsichtigt sei. Eine solche Beschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden müsse zurückgewiesen werden.

Abg. Dr. Külz (Dem.) begründet die Interpellation und führte aus, gerade unsere Fraktion fühlt sich zu dieser Interpellation besonders berufen. Wer den gesunden Aufbau des Staates will, darf die Gemeinden nicht verkümmern lassen, darf nicht an ihrer Not vorübergehen. Die Revolution, die in einer Nacht ein Dutzend von Fürstenkronen hinweggefegt hat, hat es nicht fertig gebracht, auch nur eine einzige Gemeindeverfassung außer Kraft zu setzen. Die Gemeinden sind völlig außer Stande, die Mehrleistungen aufzubringen. Wegen der Rückständigkeit des Reichs bei der Veranlagung der Einkommensteuer wissen die Gemeinden heute noch nicht, mit welchen Einnahmen sie rechnen können. Dabei werden ihnen immer neue Lasten auferlegt. Es wäre richtiger gewesen, wenn nicht das Reich, sondern die Gemeinden die Träger und Bewirtschafter der Einkommensteuer geworden wären. In einzelnen Gemeinden werden schon jetzt tausende von Prozent an Gewerbesteuer erhoben. (Hört! Hört!) Die Steuern müssen neu verteilt, der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer muß erhöht werden.

Minister Dr. Hermes

erklärt, daß eine Vorlage zur Aenderung des Landessteuergesetzes, durch die die Gemeinden besser gestellt werden sollen, bereits dem Reichsrat vorliegt. Nach Verabschiedung der Steuervorlage durch den Reichstag sollen die Landesfinanzminister zu einer Konferenz eingeladen werden, um zu beraten, wie den Gemeinden zu helfen ist; die Mehrausgaben infolge der Besoldungsordnung sind eine Folge der Geldentwertung, die automatisch auch die Erhöhung der Einnahmen herbeiführt. Das Reich ist zu Vorschüssen bereit. Bisher sind an die Gemeinden bereits 5 Milliarden Vorschüsse gezahlt worden. Die Länder haben ein Aufsichtsrecht über die Gemeinden.

In der Aussprache weist Abg. **Heymann** (Soz.) darauf hin, daß die Gemeinden kaum noch in der Lage sind, die allerwichtigsten Verpflichtungen zu erfüllen. Die Durchführung der neuen Besoldungsordnung hätte auf die Gemeinden geradezu niederschmetternd gewirkt. Sie wissen nicht, woher sie das Geld nehmen sollen. Das Reich muß ihnen helfen. Die Gemeinden müssen wieder die Möglichkeit haben, aus eigenen Kräften und eigenem Willen sich bewegen zu können.

Abg. Dr. **Herschel** (Ztr.) betont, daß derjenige, der den deutschen Städten hilft, auch dem deutschen Volke helfe. Die Gemeindefrage darf nicht parteipolitisch ausgenützt worden. Alle Parteien erkennen die Not der Städte an. Nur in Württemberg gibt es noch einige Gemeinden, in denen keine Steuern bezahlt werden und wo die Bürger sogar noch Zuschüsse aus den Holzversteigerungen erhalten. Am Schlusse seiner Ausführungen gedenkt der Redner der abgetrennten Gemeinden in Oberschlesien, die wir nicht vergessen haben.

Abg. **Hergt** (D.Ntl.): Es sei ein großer Fehler gewesen, den Städten die Steuerhoheit zu nehmen. Nachdem man die Städte einmal beschnitten hatte, hätte man auch ihre Ausgaben verringern müssen. Das Gegenteil ist aber geschehen. Viele Städte müssen sich jetzt künstlich zurecht machen, um ihren Kredit zu erhalten.

Abg. **Kahl** (D. Vp.) fordert ebenfalls größere Rücksichtnahme von seiten des Reiches für die Gemeinden. Durch die Erhöhung der städtischen Tarife, die vielfach nicht zu umgehen waren, wird am schwersten das Gewerbe betroffen. Der Redner bemängelt die unvollkommene Steuereinziehung und bedauert, daß man die bisherigen Steuererheber, die Gemeinden, nicht beibehalten habe. Noch sei es Zeit, kehrt zu machen. Die Städte müßten derart mit Mitteln versorgt werden, daß sie ihren Etat rechtzeitig und ordnungsgemäß aufstellen könnten. Der Haushaltplan der Gemeinden hat niemals dem Aufsichtsrecht der Länder unterlegen.

Hier wird die Aussprache abgebrochen.

Die Vorlage über die Heranziehung der Frauen zu Schöffen und Geschworenen und über die Gleichstellung der Frau in der Justiz wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag nachmittag 2 Uhr: Anfragen, Arbeitsnachweisgesetz, Fortsetzung der Gemeindedebatte. Schluß 7 Uhr.

Deutsches Reich

Minister Dr. Brauns erkrankt.

Berlin, 19. Jan. Reichsarbeitsminister Brauns, der erst kürzlich von einer akuten Nierenentzündung genesen war, hat einen Rückfall erlitten, der ihm vorläufig die Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte außerhalb des Krankenzimmers nicht gestattet.

Die Beamtenbesoldung.

Berlin, 19. Jan. Den Blättern zufolge fand gestern vormittag eine Besprechung zwischen Reichsfinanzminister Dr. Hermes und den Parteiführern über die Beamtenbesoldungsfrage statt. Ein endgültiges Ergebnis ist nicht erzielt worden. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden.

Sozialdemokratie und Steuerkompromiß.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm Mittwoch nachmittag den Bericht Hermann Müllers über die bisherigen Steuerverhandlungen entgegen. Müller stellte, wie der Mannheimer „Volksstimme“ aus Berlin gemeldet wird, unter allgemeiner Zustimmung fest, daß die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Besitzsteuern als durchaus unzureichend erscheinen. In bezug auf die Frage, ob es bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstag möglich sein wird, zu einem die Sozialdemokratische Partei voll befriedigenden Ausgleich zu gelangen, äußerte sich Müller skeptisch. Er wies darauf hin, daß das Kabinett Wirth über die Steuerreform stürzen könne.

In der Debatte wurden die Möglichkeiten, den Gedanken der Erfassung der Sachwerte gesetzgeberisch zu verwirklichen, eingehend diskutiert, wobei die Frage der Auflegung einer Zwangsanleihe, die von den Wirtschaftsverbänden zu garantieren wäre, mit in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde. Die Beratungen wurden abends 8 Uhr auf Donnerstag 10 Uhr vertagt.

Der Tag der Reichsgründung.

Frankfurt a. M., 19. Jan. Der Tag der Reichsgründung wurde von der Frankfurter Universität durch einen akademischen Festakt in der Aula begangen. Nach musikalischen Vorträgen hielt Professor Dr. v. Bergmann die Festrede über das Thema „Seele und Körper in der inneren Medizin“. Im Verlaufe seiner Ausführungen widmete der Redner den gefallenen Angehörigen der Universität warme Worte und schloß, ohne einer politischen Irredenta das Wort zu reden, in seine Wünsche auch die Deutschen in den abgerissenen Gebietsteilen ein.

Deutscher Beamtenbund und Gewerkschaften.

Berlin, 18. Jan. Laut „Freiheit“ erklären die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Afa-Bund angeschlossenen Gewerkschaften, die an der Teuerungsbewegung der Beamten, Staatsangestellten und Arbeiter beteiligt sind, daß durch die von dem Deutschen Beamtenbund und dem Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund dem Reichstag übermittelte Eingabe über die Beamtenforderungen die Einheitsfront der an den bisherigen Verhandlungen über die Neuregelung der Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten beteiligten Spitzenverbände gesprengt worden sei. Durch dieses Vorgehen des Deutschen Beamtenbundes werde der Fortgang der mit der Reichsregierung noch schwebenden Verhandlungen über die Festsetzung der Teuerungszuschüsse aufs äußerste gefährdet. — Der Deutsche Eisenbahnerverband erklärt, daß der Deutsche Beamtenbund infolge seiner Haltung aus der Einheitsfront mit den Spitzenverbänden ausgeschieden sei.

Aus der Angestelltenbewegung.

t. **Ludwigshafen**, 18. Jan. Bei den am Sonntag, 8. Januar, stattgefundenen Wahlen der Vertrauensmänner und Ersatzleute zur Angestelltenversicherung in der Pfalz haben die Hauptausschußverbände mit insgesamt 46 Vertrauensleuten und 92 Ersatzleuten gesiegt. Es erhielten der D.H.V. 25 Vertrauensmänner und 44 Ersatzleute, der V.W.A. 3 Vertrauensleute und 8 Ersatzleute, die übrigen Hauptausschußverbände 18 Vertrauensleute und 40 Ersatzleute. Die Afa-verbände erhielten nur 14 Vertrauensleute und 28 Ersatzleute.

Die Führer der Zentrumspartei.

Berlin, 18. Jan. Nach der Rede Dr. Wirths wurden drei Entschließungen angenommen: gegen die Teilung Oberschlesiens, gegen die Unterdrückung des Saargebietes und gegen die schweren Leiden der Rheinländer. Es folgte dann die Wahl des Parteivorstandes. Zu Ehrenpräsidenten wurden gewählt: Reichskanzler a. D. Fehrenbach, Abg. Herold, Dr. Porsch und Abg. Dr. Spahn sen. Zum Vorsitzenden der Zentrumspartei wurde Abg. Marx ernannt.) Damit waren die Arbeiten des zweiten Parteitages zum Abschluß gebracht.

Die angeblichen monarchistischen Umtriebe in Bayern.

t. **München**, 19. Jan. Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen unter der Ueberschrift „Dunkle Vorgänge in Bayern“ eine Denkschrift über angebliche monarchistische Umtriebe in Bayern. Diese Schrift geht in amtlichen Berliner Kreisen um. Das Blatt bemerkt dazu, daß ihm ein günstiger Zufall ein solches Exemplar auf den Redaktionstisch geweht habe. Die Ausführungen der Schrift lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Zwischen Erzherzog Albrecht von Habsburg und Prinz Rupprecht von Wittelsbach ist ein Vertrag zustande gekommen, wonach eine Wittelsbacher Dynastie über Bayern, Tirol, Vorarlberg, Salzkammergut und Deutsch-Oesterreich und eine habsburgische Dynastie über Ungarn herrschen soll. Zur Erreichung dieses Zieles soll eine Armee von 250 000 Mann aufgestellt werden, deren Feldzeugmeister in Deutschland, Prinz Gysenberg, sei. Die deutschen Hilfstruppen seien die Orgeschverbände, das Freikorps Oberland dagegen widersetze sich diesem Plan.

Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ bezeichnen diese Denkschrift als Phantasieprodukt und erinnern an die Weismannschen Enthüllungen im vorigen Herbst über das verschanzte Lager bei München, die sich als unwahr herausgestellt hatten. Das Blatt schließt seine Ausführungen damit, daß diese Schnüffeleien zu großer Beunruhigung im Reich dienen müssen.

Verschiedene Drahtmeldungen

31 Millionen Goldmark bezahlt.

Paris, 19. Jan. Die deutsche Kriegslastenkommission hat gestern die Reparationskommission amtlich davon verständigt, daß der Gegenwert von 31 Millionen Goldmark gezahlt worden ist.

Noch kein Ergebnis in den Steuerberatungen.

Berlin, 19. Jan. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute vormittag ihre Besprechungen über die Steuerfragen fortgesetzt. Die Beratungen zogen sich bis in die ersten Nachmittagsstunden hin, ohne daß bisher ein endgültiges Ergebnis erzielt wurde. Die demokratische Fraktion hat heute gleichfalls eine Sitzung abgehalten. Sollte ein Kompromiß in der Steuerfrage zwischen Sozialdemokratie und Zentrum zustandekommen, so würde eine interfraktionelle Besprechung mit Demokraten und Deutscher Volkspartei stattfinden, um eine sichere Mehrheit für den Komplex der Steuerfragen zu gewinnen.

Aus der evangelischen Landeskirche.

Dresden, 19. Jan. Die sächsische Landessynode beschloß, daß die evangelische Kirche im Freistaat Sachsen einen obersten Geistlichen mit dem Titel Landesbischof erhalten soll.

Zerstörungswut aus Angst.

Wien, 19. Jan. Nach einer Meldung der „Arbeiterzeitung“ aus Innsbruck zerstörte die interalliierte Kontrollkommission dort wertvolle optische Instrumente, Sättel und Riemenzeug sowie andere Gegenstände im Werte von Millionen. Weitere Gegenstände sollen noch zerstört werden.

Kein tschechisch-polnischer Militärvertrag.

Prag, 19. Jan. In der heutigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses stellte Ministerpräsident Benesch bei der Ratifikationsentschließung des tschechisch-slowakisch-polnischen Handelsvertrages in Beantwortung einer deutschen Anfrage fest, daß zwischen der Tschechoslowakei und Polen keinerlei militärisches Abkommen bestände.

Theater und Musik

Mitteilung des Bad. Landestheaters. Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die heute Freitag stattfindende Wiederholung der Oper „Der Schatzgräber“ dadurch ihr besonderes Gepräge empfängt, daß der Komponist Franz Schreker die Aufführung am Dirigentenpult leiten wird.

Wegen plötzlicher Erkrankung von Fräulein Pauly und von Herrn Maly-Motta mußte Frau Anna Scheffler-Schorr vom Stadttheater in Köln a. Rh. als Els (nicht wie auf dem Programm vermerkt Minny Leopold-Mannheim) und Herr Hugo Boisin vom Nationaltheater in Mannheim als Graf (zugleich Herold) verpflichtet werden. Die von Herrn Giesen gesungene Partie des Königs singt aushilfsweise Herr Alexander Kipnis vom Stadttheater in Wiesbaden.

In dem dreiaktigen Drama „Anna Boleyn“ von Emil Bernhard, das am Samstag, den 21. Januar seine hiesige Uraufführung erlebt, wird die Titelrolle von Martha Moeller dargestellt. In den übrigen Hauptrollen wirken Melanie Ermarth, Karla Gerl, Marie Genter und die Herren Baumbach, Bürkner, Dahlen und Herz, außerdem die Herren Gemmecke, Kienscherf, von der Trenck-Ulrici und Benedict. Die Regie führt Felix Baumbach. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. Der für diese Dichtung mit dem Max Meßner-Preis ausgezeichnete Verfasser ist bereits in Karlsruhe eingetroffen und nimmt an den letzten Proben teil. Er wird auch der Uraufführung seines Werkes beiwohnen.

Die Berliner Staatsoper hat für den ausgeschiedenen Otto Noack als zweiten Kapellmeister Karl Ehrenberg verpflichtet. Der mit dem Ende dieser Spielzeit abgelaufene Vertrag mit Dr. Fritz Stiedry wurde auf mehrere Jahre verlängert.

Richard Strauß in London. Aus London wird berichtet: Sehr erfolgreich gestaltete sich das gestern in der Albert Hall von Dr. Richard Strauß gegebene Konzert. Bereits bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßt, erntete er im Verlaufe des Konzerts, in dem er seine Tonwerke „Don Juan“, „Till Eulenspiegel“ sowie „Tod und Verklärung“ nebst einer Reihe seiner Lieder, die von Ethel Frank gesungen wurden, dirigierte, sehr starken Beifall. Die Blätter heben den großen Erfolg des deutschen Künstlers, der zum erstenmal seit 1914 vor einer englischen Zuhörerschaft erschien, hervor.

Ueber die Berliner Schwankseuche französischer Herkunft wurde jüngst an dieser Stelle anläßlich der Uraufführung des Lustspiels „Frauenkenner“ von Leo Lenz eine entsprechende Bemerkung gemacht. Daß sie nicht, wie man schließlich annehmen könnte, nur rednerische Aufbügelung bedeutete, mag die nachfolgende, dem Reclamschen „Universum“ entnommene Notiz beweisen:

„Dennoch wird am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen!“

Ein kurzer Auszug aus dem Spielplan der Berliner Theater in einem der letzten Monate ergibt folgende bemerkenswerte Zusammenstellung: Deutsches Theater: „Kean“ nach Alexander Dumas — Kammerspiele des Deutschen Theaters: „Der Hühnerhof“ von Trinan Bernard. — Theater in der Königgrätzer Straße: „Die Fahrt ins Blaue“ von Gaston Caillavet, Robert Flers und Etienne Rey. — Kleines Theater: „Fräulein Josetti — meine Frau von Paul Gavault und Robert Charley. — Residenztheater: Der König in Paris“ von Gaston Caillavet, Robert Flers und Emanuel Arène. — Kleines Schauspielhaus: „Kiki“ von André Picard. — Intimes Theater: „Die Spelunke“ von Charles Méré. — „Lauf doch nicht immer nackt herum“ von Georges Faydeau. — Ist das nicht eine bedrückende Blütenlese neudeutscher Theaterbestrebungen?!

Das Ende des Salzburger Mozarteums? Aus Salzburg wird der „Münch. Ztg.“ gemeldet: Die andauernde und stetig wachsende Not des Mozarteums hat nun zu einem Verzweiflungsschritt geführt: das Kuratorium hat beschlossen, zum 1. Juli 1922 sämtlichen Lehrkräften und allen sonstigen an der Schule angestellten Personen zu kündigen. Das ist, wenn nicht in letzter Stunde Hilfe kommt, die nur in der Verstaatlichung des Mozarteums bestehen könnte, gleichbedeutend damit, daß mit Schluß dieses Schuljahres das Konservatorium Mozarteum zu bestehen aufhört. Es kann der gesamten Kulturwelt nicht gleichgültig sein, wenn die einen internationalen Ruf genießende Musikhochschule der Mozartstadt, deren Schüler in aller Welt höchst ehrenvoll wirken, der Not unserer Zeit erliegt.

Die Internationale Theaterausstellung in Amsterdam wird von Craig, dem englischen Theaterreformer, am 14. Januar eröffnet. Sie soll ein Gesamtbild der Theaterkunst in den letzten Jahrzehnten geben. Vertreter der Kommission sind in allen Ländern Europas und in Amerika tätig gewesen, um das Material für die Veranstaltung zusammenzubringen.

*

Elisabeth Friedrich, die hier in bestem Andenken stehende hervorragende Bühnenkünstlerin, die seit längerer Zeit am Dresdener Zentraltheater wirkt, gastierte kürzlich mit außergewöhnlichem Erfolge als Rosalinde am Dresdener Staatstheater. Ueber ihre Leistung schreiben die Dresdener Zeitungen in Worten begeisterter Anerkennung. So lesen wir in den „Dresdener Neuesten Nachrichten“: „Selten wurde ein Gast im Opernhause so freundlich empfangen, so ehrlich mit Beifall ausgezeichnet wie Elisabeth Friedrich. Daß sie beides verdient, wußten alle, die Elisabeth Friedrich kannten. Eine vortrefflich gebildete Stimme, Geschmack im Singen, warmer und klarer Klang im Organ, dann darstellerische Begabung, die zum Dramatischen drängt, eine liebenswürdige und fesselnde Erscheinung und ein Spieltemperament, wie es gerade an der Staatsoper nicht häufig ist ...“. — Die „Dresdener Volksztg.“ schreibt: „Von der Natur ihres schönen Temperaments getragen, war die Rosalinde von Elisabeth Friedrich ebenso fesch als vornehm. Dem großen Auftritt im zweiten Akt folgte bei offener Szene langandauernder Beifall.“ — Und die „Dresdener Nachrichten“: „Das erste Ereignis des Abends war das Gastspiel der Elisabeth Friedrich vom Zentraltheater als Rosalinde. Höchste Eleganz der äußeren Erscheinung. Blendende Toiletten. Liebenswürdigkeit. Charme. Schöner, ausgiebiger Sopran. Der Czardas, der es „in sich hat“ und schwieriger ist als manches große Opernstück, wird hingelegt mit einer feschen, aber auch technisch beherrschten Klangfreude, daß das Herz lacht. Eine Persönlichkeit! Eine Stimme! Für diesmal Bombenerfolg.“ — Wie wir weiter erfahren, hat Elisabeth Friedrich, die sich nun wieder der Oper zuwenden wird — ein Entschluß, der sehr zu begrüßen ist — jüngst im Opernhaus in Frankfurt a. M. mit Erfolg gastiert, und sie wurde diesem Institut unter glänzenden Bedingungen zum Herbst 1922 verpflichtet.

Kunst und Wissenschaft

Neue Ehrendoktoren der Universität Heidelberg. Die juristische Fakultät der Universität Heidelberg hat am Gedächtnistag der Reichsgründung 118. Januar) der früheren badischen Landtagsabg. Frau Marianne Weber in Heidelberg die Ehrendoktorwürde verliehen. Frau Marianne Weber gehörte nach der Revolution der Bad. Nationalversammlung und dem ersten Bad. Landtag bis zur Berufung ihres Gatten nach München an. Frau Dr. Weber war Mitglied der demokratischen Landtagsfraktion. — Weiter hat die genannte Fakultät dem Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Heinr. Koenige in Leipzig, und dem Universitätsprofessor Eduard Schwartz in München die Ehrendoktorwürde verliehen.

Ein Kongreß der Bevölkerungspolitik und Volkswohlfahrt findet vom 23. bis 27. Januar in Essen statt, auf dem zum ersten Male Aerzte, Volkswirtschaftler und Juristen öffentlich Stellung nehmen werden zu den Fragen der Medizinal-Politik, der Volkswohlfahrt und zu den kommenden Fürsorgegesetzen, die für jedermann von einschneidender Bedeutung sind. Vorträge halten am 23. Januar der Bibliothekar des Reichstages Dr. phil. Parl Kirschner-Berlin: „Was fehlt unserem deutschen Volke zu seiner Wiedergeburt?; 24. Januar: Dr. med. et phil. Hermann Lemke-Berlin: „Volksseuchen und Volkswohlfahrt“; 25. Januar: Dr. med. et phil. et jur. et dent. Hammer-Berlin: „Die deutsche Krankenkassenversicherung und die Volkswohlfahrt“; 26. Januar derselbe: „Reform des Krankenkassenwesens in volkswirtschaftlicher, juristischer und ärztlicher Beleuchtung wie auch Irren-Rechts-Reform“. — 27. Januar: M. E. G. Gottlieb-Heidelberg, erster Bundespräsident des Verbandes für Parität der Heilmethoden, Medizinalrecht und Medizinalpolitik: „Die gefährdeten Rechte des Kranken und der Kassenmitglieder in den kommenden Gesetzen.“

Ein Balzac-Preis. In Paris ist jetzt von Basel Zaharoff ein Balzac-Preis gestiftet worden, der jährlich zur Verteilung kommen soll. Er beträgt 20 000 Fr. Jedes Jahr im April soll eine eigens dafür gewählte Jury den besten Roman für den Preis benennen. Der Vorsitzende der ersten Jury ist Paul Bourget.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Kann Deutschland zahlen?

Rathenaus Rede vor dem Obersten Rat in Cannes.

Am 12. Januar sprach der Führer der deutschen Delegation auf der Konferenz in Cannes über die Frage, ob und wie Deutschland die Forderungen seiner Gegner erfüllen kann. Es wurde seinerzeit ein kurzer Auszug aus den Ausführungen Rathenaus von amtlicher Seite veröffentlicht. Nun wird von amtlicher Seite die Rede in voller Ausführlichkeit der Oeffentlichkeit übergeben. Sie enthält ein umfangreiches Material über die deutsche Leistungsfähigkeit. Aus Raummangel müssen wir uns auf einen Auszug beschränken, dem wir dem Verständnis der Allgemeinheit anzupassen versuchen. Zum Verständnis der gesamten Ausführungen ist eine ziemliche Vertrautheit mit den in Frage kommenden Dingen erforderlich. Rathenau führte u. a. aus:

Deutschland ist entschlossen, mit seinen Leistungen bis zu den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. Deutschland ist aber durch einen verlorenen Krieg, durch schwere Verluste und durch eine Revolution hindurchgegangen.

Die beiden Aufgaben, äußere Leistung und innere finanzielle Sanierung, vor die Deutschland gestellt ist, widersprechen einander. Um ein Beispiel zu gebrauchen, möchte ich an die Lage eines Schiffskonstrukteurs erinnern, der gleichzeitig für höchste Kraftleistung und geringsten Kohlenverbrauch seines Schiffes sorgen soll.

Es ist daher schwer zu sagen, die und die Zahlung stellt eine ausreichende und erträgliche Leistung dar. Es muß aber eine Summe gefunden werden, deren Schwere erträglich ist und die zugleich der wirtschaftlichen Lage der empfangsberechtigten Nationen entgegenkommt.

Wir wissen, daß in Ihrem Kreise Ziffern für 1922 genannt worden sind: 500 Millionen für die Leistungen in bar und 1450 Millionen für die Sachleistungen einschließlich der äußeren Besatzungskosten. Ich will diese Ziffern als Basis meiner Berechnungen wählen. Sollte eine um 220 Millionen höhere Summe genannt werden, so wird das Problem noch weiter erschwert und gefährdet.

Ich komme nun zur Lage der deutschen Zahlungen. Deutschland ist ein Land der Lohnarbeit. Was Deutschland braucht zur Behausung, zur Kleidung, zur Nahrung, muß es das meiste im Auslande kaufen. Deutschland hat für alles, was es im Ausland kauft, in bar zu bezahlen. Es kann nur zahlen durch seine Handarbeit. Deutschland muß mehr ausführen als einführen. Aber seine Einfuhr ist vorweg belastet mit der Notwendigkeit, für mindestens 2½ Milliarden Goldmark Lebensmittel und für 2½ Milliarden Goldmark Rohstoffe jährlich aus dem Ausland zu beziehen. Ferner fließen an das fremde Kapital in Deutschland ¾ Milliarden Goldmark Einkünfte. Diesen 5¾ Milliarden Goldmark, die ans Ausland abfließen, stehen 3½ bis 4 Milliarden Goldmark gegenüber, die durch Export wieder hereinkommen. Es fließen also ohne Rücksicht auf die Reparationen jährlich 2 Milliarden Goldmark mehr ins Ausland ab als hereinkommen. Wenn die Ausfuhr dem Stand vor dem Krieg entspräche, müßte sie 14 bis 15 Milliarden Goldmark betragen. Sie ist aber auf ein Viertel dieser Summe zurückgegangen. Um die 2 Milliarden Goldmark zu decken, die zurzeit jährlich ins Ausland abfließen, ohne im Export ein Gegengewicht zu haben, bestehen nur drei Möglichkeiten:

Verkauf der Substanz des Landes,
große auswärtige Anleihen oder
Verkauf der Landeswährung.

Den Ausverkauf von Landessubstanz konnten wir leider nicht hindern. Er ist in großem Umfang vor sich gegangen. Grundstücke, Unternehmungen, Aktien, Obligationen, selbst Hausrat sind vom Auslande unter dem Werte erworben worden.

Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe haben wir versucht. Sie war unmöglich, da nach Meinung Londons die Deutschland auferlegten Lasten zu schwer waren.

Unter diesen Umständen war es unmöglich, den Verkauf von Papiergeld zu vermeiden, obwohl unser Geld hierdurch ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde.

Der Prozeß des Ausverkaufs des deutschen Geldes hat sich zunächst ohne panikartige Folgen bis Mitte 1921 fortgesetzt. Er wurde nicht durch Deutschland ermutigt, sondern durch das Ausland eingeleitet, das mit Recht den inneren Wert der Mark höher einschätzte als den Auslandskurs. Aber Mitte 1921 ereignete sich etwas, was vorauszusehen war: der Streik der Käufer der Mark. In dem Augenblick, wo man sah, daß wir gezwungen waren, in kurzer Frist eine Goldmilliarde zu beschaffen, mithin 30 Papiermilliarden zu verkaufen, steckten die Markkäufer die Hände in die Tasche und warteten. So trat der Marksturz ein, und der Dollarkurs stieg von 55 bis zeitweise auf 300.

Man hat bei uns und im Auslande gesagt, dieser Marksturz sei nur die Folge des Gebrauchs der Notenpresse in Deutschland. Das ist ein Irrtum. Sonst hätte dieser Sturz nicht so plötzlich und in ganz kurzer Zeit eintreten können. Auch hat der Kurs sich, sobald sich wieder etwas Blau am Himmel zeigte, erheblich gebessert. Das Blau am Himmel waren die Nachrichten über die ersten Besprechungen zwischen der britischen und französischen Regierung über eine Regelung unserer Verbindlichkeiten für 1922.

Jetzt komme ich zu einem äußerst wichtigen Punkt. Solange die Währung eines Staates auf dem internationalen Markt aus dem Gleichgewicht gekommen ist, ist es unmöglich, irgend ein Ausgabeplan auf bestimmte Zeit mit Sicherheit aufzustellen. Denn jeder neue Sturz des Kurses hat eine Erhöhung der Ausgaben für Gehälter, Löhne und Rohstoffe zur Folge. Staatsausgaben setzen sich nur aus diesen drei Posten zusammen.

In diesem Augenblick ist unser Haushalt für 1922 in Ordnung. Er enthält sogar gewisse Ueberschüsse, dabei ist aber von den Reparationen abgesehen. Jeder neue Marksturz, jede neue innere Preiserhöhung aber wird diesen Haushalt gefährden.

Wird damit gerechnet, daß die Reparationslasten erträglich werden, dann kann die Mark steigen und das Maß der Staatsausgaben in Papiermark sinken. Auf der anderen Seite wird die Konkurrenz der deutschen Ware um so gefährlicher, je mehr die Mark sinkt.

Was gibt es nun für

Mittel der Gesundung?

Wie kann man je zu einer Wiederherstellung der deutschen Valuta gelangen? Als Abhilfsmittel könnte man zunächst an eine Minderung des Verbrauchs denken. Diese ist aber kaum erreichbar, da die Mittelklassen und die Arbeiter weit unter dem Stande der Vorkriegszeit leben. Es kann sich also nur um die Hebung der Produktion und um die Vermehrung der Ausfuhr handeln. Eine derartige Vermehrung ist aber schwer, weil sich andere Völker gegen die Vermehrung der deutschen Einfuhr wehren. Es bleibt das Mittel, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, aber das erfordert Zeit bei den infolge des Krieges verschlechterten Bedingungen.

Ich will jetzt

von den Lasten

sprechen, die auf Deutschland ruhen. Um die Last zu balancieren, war es nötig, die Steuerlasten zu verdoppeln. Ich stelle unter Beweis, daß der Deutsche eine schwerere Steuerbürde trägt als der Bewohner irgend eines anderen Landes, insbesondere der Engländer oder der Franzose.

Um den Staatshaushalt zu konsolidieren, wird es sich zunächst darum handeln, die Reichsbetriebe zu balancieren, Eisenbahnen, Post, Telegraphen. Die Maßnahmen sind ergriffen. Ferner handelt es sich um die Beseitigung der Zuschüsse, die bisher zur Verbilligung der Lebensmittel und aus sozialen Gründen gegeben werden mußten. Maßnahmen sind ergriffen, diese Zuschüsse allmählich abzubauen.

Der Kohlenpreis nähert sich sehr rasch dem Weltmarktpreis. Sobald der Preis des Dollars sich weiter ermäßigt, überschreiten die deutschen Kohlenpreise den Weltmarktpreis.

Bisher habe ich stets nur von einem Budget ohne Reparationen und ohne die inneren Kosten des Friedensvertrages gesprochen. Wenn ich von den bereits erwähnten 500 Millionen für 1922 ausgehe, wenn ich ferner ausgehe von Sachleistungen von 1450 Millionen Goldmark und dann noch die inneren Kosten des Friedensvertrages nehme, so komme ich zu folgenden Ziffern:

500 Millionen Goldmark zum Kurse von 50 = 25 Milliarden Papiermark, 1450 Millionen Goldmark = 72,5 Milliarden Papiermark, Friedensvertragsausgaben = 38 Milliarden Papiermark, zusammen 135,5 Milliarden Papiermark. Diese Summen kämen also zusätzlich zu dem Budget von 1922 mit seinen 83 Milliarden Papiermark. Das Budget würde also etwa 150 Prozent neue Belastung erfahren und sich damit auf 218,5 Milliarden Papiermark belaufen.

Um die Bilanz herzustellen, gibt es nur zwei Mittel:

eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern
oder eine Riesenanleihe.

Es ist unmöglich, die Steuern nochmals zu verdoppeln. Es bleibt also die Frage einer sehr großen Anleihe. Ich glaube, daß man eine derartige Anleihe nicht im Auslande wird machen können. Die Frage einer inneren Anleihe wird sehr ernsthaft erörtert. Aber in der gegenwärtigen Situation wird es kaum möglich sein, die notwendigen Reizmittel zu finden, um eine Anleihe auch nur annähernd des erforderlichen Umfanges unterzubringen.

Ich lege Wert darauf, einen Vorwurf zu entkräften, der immer wieder auftaucht und der dahin geht, Deutschland sei noch dasselbe Land, es habe jetzt noch 60 Millionen Einwohner, darunter eine große landwirtschaftliche und industrielle Bevölkerung und reichliche Arbeitsmittel. Weshalb könne dieses tätige und angeblich reiche Land keinerlei Zahlungen leisten?

Demgegenüber sage ich:

Wenn ich das Deutschland von jetzt und früher vergleiche, so fehlen uns zunächst die Reserven, die wir aus den Anlagen im Ausland hatten.

Der zweite Faktor ist der Verlust an Gebiet und Bevölkerung. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege haben wir daran mehr als 10 Prozent verloren.

Der dritte Faktor ist der Rückgang der Ausfuhr.

Ein vierter Faktor: Wir verloren einen großen Teil unserer Rohstoffe, die wir jetzt einführen, und mit Goldmark oder Ausfuhr bezahlen müssen.

Der fünfte Faktor ist der, daß sich die landwirtschaftliche Bevölkerung mehr vermindert hat als die Gesamtbevölkerung, und daß gerade landwirtschaftliche Ueberschußgebiete verloren sind.

Auf Grund dieser Faktoren besteht meiner Schätzung nach an Stelle eines Ueberschusses, einer nationalen Ersparnis von 6 Milliarden Goldmark vor dem Kriege, jetzt ein Defizit von 1—2 Milliarden Goldmark jährlich. So zehrt das Land sich allmählich auf; es lebt von seiner eigenen Substanz.

Es wird auch die Frage Deutschland gegenüber aufgeworfen: Was tut Ihr mit Euren Waren? Wenn Ihr sie nicht ausführt, so speichert ihr sie auf und schafft große neue innere Reichtümer.

Ich bitte, von der Lage der Arbeitsstundenzahl und ihrer Verwendung in Deutschland sprechen zu dürfen. Ich komme damit auch auf die Frage, was Deutschland mit seinen Arbeitslosen macht, und auf den Verlust an Arbeitsstunden unter der gegenwärtigen Situation.

1. Die deutschen Einkünfte aus Kapitalanlagen im Auslande wurden früher bezahlt in Waren, die somit einen fortlaufenden Tribut an Gütern bedeuteten, der in breitem Strom uns zufloß. Schon um diese Güter, vor allem Rohstoffe, zu erhalten, die wir früher als laufenden Ertrag erhielten, müssen wir jetzt arbeiten und Arbeitsstunden aufwenden. Dieser Arbeitsstundenaufwand läßt sich auf 3,75 Milliarden jährlich schätzen.

2. Aus dem Verlust an Gebieten ergibt sich ein Verlust an Ersparnissen, der sich in einem Mehraufwand von einer Milliarde Arbeitsstunden ausdrückt.

3. Man schätzt die Tatsache, daß für die Rohstoffe, die wir einst in unseren Grenzen hatten und die wir jetzt mit der Ausfuhr oder mit Arbeitsstunden bezahlen müssen, und den dadurch herbeigeführten Aufwand von Arbeitsstunden auf 0,83 Milliarden.

4. Aus der ungünstigeren landwirtschaftlichen Flächengestaltung und der Verschlechterung des Düngemittelbezugs ergibt sich ein weiterer Mehraufwand von 1,82 Milliarden Arbeitsstunden.

5. Der Gegenwert der verlorenen Dienstleistungen (Schiffahrt. Außenhandel und Auslandsbankverkehr) dürfte 1,66 Milliarden Arbeitsstunden betragen.

Der gesamte Mehraufwand an Arbeitsstunden, wie er durch die gegebenen Verhältnisse erfordert wird, beträgt danach 9—9,28 Milliarden.

Wenn ich von einer arbeitenden Bevölkerung von 21 Millionen ausgehe und pro Kopf 2400 Arbeitsstunden im Jahre rechne, so beträgt der Gesamtwert der von Deutschland aufgewandten Arbeitsstunden nicht mehr als 50 Milliarden.

Hiervon sind mehr als 9 also für Arbeit aufgewandt, die wir vor dem Kriege nicht aufzuwenden brauchten, d. h. fast ein Fünftel der gesamten Arbeitsstunden. Wenn ich diese Summen mit der Zahl der männlichen arbeitenden Bevölkerung in Beziehung setze, so ergibt sich bei uns eine versteckte Arbeitslosigkeit von nahezu 4 Millionen Menschen, d. h. 4 Millionen Menschen müssen Arbeit leisten, die früher nicht notwendig war. Wenn also bei anderen Nationen eine Arbeitslosigkeit erscheint, die bei uns nicht sichtbar ist, so möchte ich im Gegensatz dazu von einer unsichtbaren Arbeitslosigkeit sprechen, die darin besteht, daß 4 Millionen Menschen Arbeit leisten müssen, die früher nicht nötig war und die das Arbeitsergebnis gegen früher nicht verbessert. Und zwar alles dies vor irgendeiner Zahlung von Reparationen. Von einer Aufspeicherung von Reichtümern kann mithin nicht die Rede sein.

Ich bitte nunmehr etwas sagen zu dürfen über die von Deutschland erwarteten reinen Goldleistungen.

Ich knüpfe wieder an die 500 Millionen an, von denen ich schon gesprochen habe. Die reinen Goldlasten für Deutschland werden aber in jedem Falle viel höher sein als dieser Betrag. Wir würden für 1922 auf eine Goldleistung von mehr als 1 Milliarde Goldmark kommen, wenn es sich auch scheinbar nur um eine Goldzahlung von 500 Millionen handelt. Wenn es notwendig erscheint, eine so gewaltige Summe von Deutschland zu verlangen, so sollte man die Frage der Besatzungskosten eingehend prüfen.

In jedem Falle aber ist Deutschland durchaus bereit, auf den Weg der Stabilisierung des Budgets zu treten, der ihm vorgeschlagen ist.

Was

die Garantien

anlangt, so gibt es meines Erachtens Mittel, um der Reichsbank eine größere Autonomie zu geben. Die Reichsbank ist jetzt dem Reichskanzler unterstellt, der aber im Laufe von 50 Jahren nur einmal von seinem Eingriffsrecht Gebrauch gemacht hat. Eine weitergehende Verselbständigung ist möglich. Es wäre aber sehr gefährlich, wenn man an Stelle der Verantwortung die Ueberwachung setzte. Das würde das freie Verantwortungsgefühl erschüttern.

Man hat uns endlich gefragt, ob wir mitarbeiten wollen am

Wiederaufbau Europas.

Deutschland ist geeignet, am Wiederaufbau teilzunehmen, da es mit den technischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Gepflogenheiten des Ostens vertraut ist. Der Weg, auf den man sich begeben will, erscheint mir richtig. Ein internationales Syndikat, und zwar ein Privatsyndikat. Deutschland glaubt, daß man die Frage des Wiederaufbaus beginnen sollte mit der Wiederherstellung des Verkehrs und der Verkehrsmittel. Man muß sodann an die Quellen der Produktion vordringen und vor allem die bestehenden Unternehmungen wieder neu beleben. Deutschland glaubt, daß es an der Entwicklung des Ostens und der Mitte Europas um so mehr Anteil zu nehmen berechtigt ist wegen seiner Haltung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gerade dieses östlichen Europas gegenüber. In dem Augenblick, als Deutschland fast am Ende seiner Kräfte war nach Krieg, Niederbruch, Revolution, hat Deutschland doch der staatlichen und sozialen Desorganisation widerstanden. Hätte diese Desorganisation in Deutschland triumphiert, so wäre sie eine entscheidende Gefahr für die ganze Welt geworden. Deshalb glaubt Deutschland, sich nicht nur nach Kräften der Wiederherstellung zerstörter Gebiete des Westens, sondern auch mit Rücksicht auf seine geographische Lage und Kenntnis nachbarlicher Verhältnisse der Wiederherstellung von Ost- und Zentral-Europa widmen zu sollen, und somit an der Aufgabe teilzunehmen, die die Großmächte sich im Einvernehmen mit diesen Gebieten gestellt haben.

Badische Politik

Die nächste Landtagssitzung.

Landtagspräsident Wittemann hat die Tagesordnung für die Plenarsitzung am 24. Januar wie folgt festgesetzt:

1. Wahl der Mitglieder zum Finanzgericht.
2. Politische Aussprache, eingeleitet durch Reden des Staatspräsidenten und des Finanzministers.

Zu Punkt 1 ist zu bemerken, daß der Landtag zu dem Finanzgericht 40 Mitglieder zu stellen hat; sie gehen aus den einzelnen Fraktionen hervor, diese machen dem Präsidenten die entsprechenden Vorschläge.

Beim 2. Punkt wird, wie der „Staatsanzeiger" hört, voraussichtlich Staatspräsident Dr. Hummel die politische Lage in Baden einer Betrachtung unterziehen, während Finanzminister Köhler die Finanzverhältnisse unseres Landes des näheren darlegen wird. Hieran schließen sich die Reden der Vertreter der im Landtage vertretenen Parteien an. Diese werden mehrere Tage in Anspruch nehmen, denn man hat es bekanntlich seit den Oktoberwahlen des vorigen Jahres mit acht Parteien zu tun. Die in den Landtag neu eingezogenen Parteien: der Landbund, die deutschliberale Volkspartei, die Unabhängigen und die Kommunisten werden vor allem Wert darauf legen, zum erstenmal nach den Wahlen zur breiten Oeffentlichkeit zu sprechen. So dürfte wahrscheinlich die politische Aussprache im neuen Landtag sich sehr interessant und politisch belehrend gestalten.

Zum Fall Baumann.

Wie Rechtsanwalt Dr. Ziegler, der Vertreter des Amtmann Baumann, der „Südd. Ztg." mitteilt, hat nunmehr auch das Oberlandesgericht Karlsruhe der Klage des Amtmanns Baumann gegen den badischen Fiskus stattgegeben und damit das Urteil des Landgerichts bestätigt, daß die Entlassung des Amtmanns Baumann seinerzeit ohne Rechtsgrund erfolgt ist.

Aussperrung der Holzarbeiter.

Infolge unerfüllbarer Forderungen der Holzarbeiter in Baden, Württemberg und Hohenzollern sind in Freiburg und Stuttgart die Arbeiter einer Anzahl von Betrieben in den Streik getreten. Sämtliche Arbeitgeberverbände der Industrie und des Handwerkes der holzverarbeitenden Industrie sehen sich daher genötigt, in Baden, Württemberg und Hohenzollern die Arbeiter ab Donnerstag abend auszusperren und die Betriebe zu schließen.

*

Die Holzarbeiter haben beschlossen, sofort in den Streik zu treten, nachdem die Verhandlungen mit den Arbeitgeberorganisationen gescheitert sind und die Arbeitgeberorganisationen den Vermittlungsvorschlag der unparteiischen Vertreter der württembergischen und badischen Arbeitsministerien abgelehnt haben. Auch die Verhandlungen in Stuttgart mit den Arbeitgebern sind gescheitert. Letztere haben nun die Sperre verhängt.

Bunte Chronik.

Explosion einer Handgranate in einem Eisenbahnabteil. Ein schweres Unglück ereignete sich heute morgen kurz nach 7 Uhr auf der Station Unterbarmen in einem Abteil 4. Klasse des vom Barmer Hauptbahnhof nach Köln abfahrenden Personenzugs. Ein Reisender, Fliesenleger Willi Wassermann, hatte eine in Segeltuch gehüllte Stielhandgranate in das Gepäcknetz gelegt. Infolge der Erschütterung des Zuges explodierte die Granate. Sechs Personen wurden schwer verletzt, so daß sie ins Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Vom 16jährigen Sohn erschossen. In München ist der 63 Jahre alte aus Tirol stammende Architekt Josef Buraer bei der Heimkehr um Mitternacht in seinem Hause von seinem 16jährigen Sohn mit einem Revolver erschossen worden.

Explosion auf einem deutschen Dampfer. Ein englischer Fischdampfer landete in England die Ueberlebenden von der Besatzung des deutschen Dampfers „Vesca", der auf der Fahrt von Hamburg nach Lissabon begriffen war. Der Dampfer war in Brand geraten, worauf eine Explosion erfolgte. Elf Mann der Besatzung wurden durch die Explosion getötet oder sind ertrunken.

Mord und Selbstmord. Ein verheirateter Straßenbahnbediensteter in Mainz, der mit seiner Frau in Unfrieden lebte, machte im Stadtpark, nachdem er vorher ein Mädchen aus Laubenheim durch Revolverschüsse getötet hatte, einen Selbstmordversuch. Schwerverletzt wurde er ins Krankenhaus verbracht.

Die Reise einer Brieftaube. Kürzlich war ein Wettfliegen von Brieftauben über den Aermelkanal veranstaltet worden. Eines der Tiere war am Bestimmungsort nicht eingetroffen und galt als verloren. Nunmehr wird gemeldet, daß sie in Kalifornien, also in einer Entfernung von 12 000 Kilometer aufgetaucht und gefunden worden ist. Wie die Taube den Atlantischen Ozean und dann das ganze nordamerikanische Festland durchquert hat, ist ein Rätsel. Es wird vermutet, daß sie von starkem Wind über den Kanal auf den Ozean verschlagen und auf einem Schiff Zuflucht gefunden hat und so nach Amerika gelangt ist.

*

Der beleidigte Herr General.

Mainz, 19. Jan. Der Vorsitzende der Mainzer Zweigstelle der Reichsvermögensverwaltung und Vertreter des Reiches beim Oberkommando der französischen Rheinarmee, Oberregierungsrat Lanz, hatte sich wegen angeblichen ungehörigen Verhaltens gegenüber einem französischen General vor dem französischen Militärgericht zu verantworten. Die Besitzerin des Hauses, in dem der General in Wiesbaden seine Wohnung hatte, ließ durch ihren auswärts wohnenden Bruder brieflich beim Reichsministerium des Innern um Räumung der Wohnung nachsuchen. Der Brief enthielt einige Bemerkungen gegen den General und gegen Frankreich, die von der Besatzungsbehörde als Beleidigung aufgefaßt wurden. Der Angeklagte hatte aus dem ihm vorschriftsmäßig auf dem Instanzenweg zugegangenen Brief die beleidigenden Ausdrücke entfernt und das Schreiben dem Oberkommandierenden der Rheinarmee vorgelegt. Nach Ansicht der Anklagebehörde sollen sich in dem Brief aber noch einige Ausdrücke befunden haben, die als ungehöriges Verhalten unter Anklage gestellt wurden. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich einer beleidigenden bezw. ungehörigen Handlung gegenüber der französischen Besatzungsbehörde schuldig gemacht zu haben. Der Militärstaatsanwalt beantragte 1000 M Geldstrafe, der Verteidiger Freispruch. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, weil ein subjektives Beschuldigen bezw. die beleidigende Ansicht nicht vorliege.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Vergangenes und zukünftiges über Oberschlesien.

Aus der Hand eines Oberschlesiers werden uns die nachfolgenden Zeilen zur Verfügung gestellt, denen wir gern Aufnahme gewähren:

Geschichtslos war das verflossene Jahr, weil die Menschen von der erdrückenden Fülle der tragischen Ereignisse auf europäischem Boden noch so stark benommen sind, daß sie zur Größe der Geschehnisse kein Verhältnis gewinnen können. Der weitaus größte Teil des deutschen Volkes weiß heute noch nicht, was es verloren hat, und kümmert sich auch herzlich wenig darum, daß diese Verluste für Jahrzehnte vielleicht oder noch länger sich fühlbar machen werden und das Schicksal des gesamten Volkes für immer an die Tiefe ketten. Das deutsche Volk muß sich aber wieder emporraffen, es muß wieder geschichtlich denken lernen, es muß zu den großen Ereignissen der neuesten Geschichte Fühlung nehmen und sie richtig einschätzen lernen, um sein Handeln für die Zukunft in gangbare Bahnen zu lenken.

Leider sind wir bis heute nur bei schwachen Versuchen nach dieser Richtung hin stehen geblieben. Die Bedeutung der Abtrennung des größten und reichsten Teiles Oberschlesiens vom Deutschen Reich und die Auswirkung des schändlichen Spruches der „Siegerstaaten" wird wohl von sehr wenigen genügend eingeschätzt; und doch ist es notwendig, das deutsche Volk immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß mit der Zersplitterung Oberschlesiens dem Vaterlande eine Unsumme von Kraft entzogen wird, und daß es letzten Endes an dieser Wunde verbluten kann und auch verbluten muß.

Das vergangene Jahr begann mit dem großen Rätselraten über die Abstimmung in Oberschlesien. Dort tobte der Kampf der Nationalitäten und nahm täglich schrecklichere Formen an. Mit dem Bekanntwerden des Abstimmungstermines, der von der Interalliierten Kommission auf den 20. März festgesetzt wurde, begann ein allgemeines Ringen um den Sieg. Auf polnischer Seite geschah dies mit den erbärmlichsten Mitteln der Verhetzung, des Luges und des schändlichsten Volksbetruges, der ja selbst von der Interalliierten Kommission in jeder Weise und mit allen Mitteln unterstützt und gefördert wurde, während es den Deutschen durch ständige Unterdrückung und Androhung schwerster Strafen durch die Interalliierte Kommission unmöglich gemacht wurde, ihre Propaganda und ihre Stoßkraft entsprechend zu entfalten. Die Abstimmung selbst stand unter dem Zeichen des wüstesten französisch-polnischen Terrors. Was wir in Oberschlesien davon erlebt haben, das war ein blutiger Hohn auf die Ehrlichkeit und Rechtlichkeit der Nationen, die sich vor der Welt als die berufenen Schöpfer des „Weltfriedens" aufspielten, in Wirklichkeit aber nur Geschichte zu ihrem ureigensten Vorteile zu machen versuchten. Deshalb war von vornherein der in großzügiger Weise unternommene deutsche Beweis für die Fälschung der Volksabstimmung durch polnischen Terror und andere erbärmliche Machenschaften zum Mißlingen verurteilt. Schon bei der Festsetzung des deutschen Todesurteils in Versailles sickerte die schicksalsschwere Meldung von einer Ueberlassung Oberschlesiens als Interessengebiet an Frankreich durch. Die ganze Aufmachung der Abstimmung und die Genfer Komödie waren in Wirklichkeit nur eine Verschleierung des seit unserem Zusammenbruche von Frankreich gefaßten Planes. Deutschland kriegswirtschaftlich unmöglich zu machen, um Oberschlesien vom Körper des Deutschen Reiches abzuhacken, war das Ziel.

Aber vor der Weltgeschichte bleibt die unerschütterliche Tatsache bestehen, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien, das im Friedensvertrage von Versailles unzweifelhaft als geographische, politische und wirtschaftliche Einheit angesehen wird, eine überwiegende deutsche Mehrheit ergeben hat, die nur eine Entscheidung rechtfertigen konnte: „das Verbleiben eines ungeteilten Oberschlesiens bei Deutschland." Auf diese Tatsache müssen wir immer wieder hinweisen, um dadurch das Weltgewissen zu schärfen und endlich auch auf dornenvollem Wege zu unserem Rechte zu gelangen.

Als beklemmende Zweifel über die Wirkung der Volksabstimmung und die daraus folgende Entscheidung den großpolnischen Demagogen Korfanty und seine Handlanger befielen, zettelte diese erbärmliche Kreatur am 3. Mai von neuem ein schreckliches Brudermorden in Oberschlesien an. Es galt, den „Siegerstaaten" den Willen zu zeigen und die furchtbare Drohung wahr zu machen, man werde in Oberschlesien keinen Stein auf dem anderen lassen, wenn es nicht polnisch werde. Es unterliegt ja keinem Zweifel, daß diese Argumente bei den Beratungen des Botschafterrats von französischer Seite in die Wagschale geworfen wurden. In Paris war man sich vollauf bewußt, daß bei der kommenden Komödie im Völkerbundsrat der französische Einfluß ausschlaggebend sein werde, und mit klaren Augen sahen wir voraus, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker, nach dem deutschen Glauben das strahlendste Juwel der Zivilisation, durch den Genfer Unrechtsspruch mißachtet und mit Füßen getreten wurde. Hierdurch ist ein Schandmal errichtet worden, wie die Welt seit ihrem Bestehen kein zweites kennt. Selbst englische Politiker und Denker, wenn auch nicht immer belastet mit ehrlichem Streben, Unterdrückten zu helfen, haben die Verbrecher von Genf mit scharfen Worten gezeichnet. Kein Europäer, sondern Chinesen und Brasilianer haben, von unseren Feinden vorgeschoben, über unsere Heimat richten und das vernichtende Urteil fällen müssen. Die langen und bangen Wochen des Mai-Aufstandes sind allen Oberschlesiern noch in guter Erinnerung. Das Aufstandsgebiet versank tief in Blut und Massenverbrechen. Nur dem unerschrockenen Eingreifen tapferer deutscher Männer aus allen deutschen Gauen unter der bewährten Führung des General Höfer danken wir es heute noch, daß dem verbrecherischen Treiben des eingewanderten polnischen Gesindels, das von sehr viel polnischen regulären Truppen durchsetzt war, ein Ziel gesetzt wurde.

Aber auch die mehr als zweifelhafte Rolle französischer Truppenteile ist ein Kapitel für sich und dazu angetan, als bezeichnender Beitrag dem Thema „Selbstbestimmungsrecht der Völker", das gerade in Versailles feierlichst proklamiert worden war, als Merkmal zu dienen.

Ueber Oberschlesiens Schicksal ist zwar einstweilen bestimmt, aber noch lange nicht endgültig entschieden. Erst vor einigen Wochen haben die Beratungen der polnischen und deutschen Delegierten über die Lösung der vielgestaltigen wirtschaftlichen Fragen auf Grund des höchst unklaren und papierenen Genfer Spruches begonnen. Es sind in vielen Einzelheiten Uebereinkommen getroffen worden, doch ist unverkennbar, daß wichtige Fragen noch offen stehen und wahrscheinlich nur durch einen Schiedsspruch des Präsidenten Calonder geregelt werden können. Das polnische Auftreten in den bereits abgetretenen Ostgebieten ist gerade nicht sehr ermutigend für die Zukunft, Polen schätze eben nur Verträge, soweit sie ihm Nutzen bringen, die Nachteile überläßt es anderen. Ob die Grenze so festgelegt werden wird, wie die Grenzfestsetzungskommission die Demarkationslinie gezogen hat, ist noch nicht sicher, ist aber wohl anzunehmen. Aber auch eine andere Maßnahme, die die schlimmsten Befürchtungen aufkommen läßt, wäre dem unersättlichen französischen Moloch zuzutrauen: die den Deutschen zuerkannten Teile Oberschlesiens als Sanktionsobjekt in Anspruch zu nehmen. Das wäre das Schlimmste, was diesem unglücklichen Lande geschehen könnte, nachdem es schon volle drei Jahre die unerträglichen Folgen der Besatzung durch die interalliierten Truppen durchkosten mußte. Möge ein gütiges Schicksal unser Heimatland Oberschlesien vor der Durchführung dieser französischen Absichten bewahren und ihm recht bald geregelte und friedliche Verhältnisse, wie sie seit 800 Jahren dort üblich waren, wiedergeben.

In unsern Augen sind alle laufenden Maßnahmen nur Vorbereitungen und ein Provisorium. Wir halten fest an dem feierlichen Protest aller deutschen Männer und Frauen, an deren Spitze unser Reichskanzler Dr. Wirth stand: Oberschlesien muß wieder ungeteilt an Deutschland fallen. Es ist ein altes deutsches Kulturland und kann weder durch eine künstliche nationale Verhetzung noch durch den Genfer Unrechtsspruch gespalten bleiben. Unser Ziel für die Zukunft heißt daher: „Die Wiedervereinigung des oberschlesischen Volkes im Rahmen des Deutschen Reiches." Dazu ist es notwendig, daß wir immer und immer wieder auf die Schändlichkeit des geschehenen Unrechts hinweisen und das deutsche Gewissen schärfen, und daß wir fortgesetzt an die Kulturwelt appellieren, die eine dauernde Unterdrückung des Rechtes nicht zugeben kann und zugeben darf. Wir Oberschlesier kämpfen für das Recht unserer Heimat und für das Bestehen des deutschen Vaterlandes; wir werden nicht irre in dem Glauben an den Tag, der kommen wird, um das große Verbrechen an Oberschlesien, an unseren Brüdern und Schwestern zu sühnen und wieder gutzumachen. Das wird dann auch der Tag sein, an dem unser freventlich vergewaltigtes Mutterland der großen deutschen Heimat wiedergegeben wird.

Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
An deines Volkes Auferstehn.
Laß diesen Glauben Dir nicht rauben,
Trotz allem, allem, was gescheh'n.

Faselversteigerung.

Die Gemeinde **Liedolsheim** versteigert am Montag, den 23. d. M. nachmittags 1 Uhr, auf dem Rathaus einen zur Zucht untauglichen fetten Rindfasel.

Bolz, Bürgermeister.

Miet-Gesuche

Wohnung

2—3 Zimmer mit Küche von kinderlosem Ehepaar per bald gesucht. Angeb. unter Nr. 8972 ins Tagblattbüro erbeten.

Zimmer

Von gebildetem Herrn (Engländer) wird ab 1. März vornehm **möbliertes Zimmer** mit Heizung und elektrischem Licht, in guter Gegend, möglichst als Alleinmieter in seinem Hause gesucht. Volle Pension erwünscht, doch nicht Bedingung. Ausführl. Angebote unt. Nr. 8975 ins Tagblattb.

Möbliertes Zimmer gesucht. Angeb. u. Nr. 8966 ins Tagblattbüro.

Bessere Schlafstelle

in der Oststadt sofort gesucht. Angeb. u. Nr 8971 ins Tagblattbüro.

Offene Stellen

Dame mit höherer Schulbildung als

Stenotypistin

sofort gesucht. Flottes, sauberes Arbeiten verlangt, engl. und französ. Sprachkenntn. erwünscht. Angebote unter Nr. 8970 ins Tagblattbüro erbet.

Für unsere Hut- und Mützen-Abteilung suchen wir eine durchaus tüchtige, erste

Verkäuferin

Es wird um schriftl. genaue Offerte gebet.

Wilh. Zeumer,
Kaiserstr. 125 127.

Fräulein

nicht unter 19 Jahren, in Apotheker-Arbeiten bewandert, gesucht von **Rosen-Apotheke,** Rüppurrerstraße 29a.

Vertrauensstellung.

Tüchtige, saub. Haushälterin oder einf. Stütze, welche gut kochen, backen und einmachen kann, sowie selbst mitarbeitet, in herrschaftlichen Haushalt bei hohem Gehalt und guter Behandlung per sofort gesucht. Kein Familienanschluß. Angeb. an Frau Dr **Marienthal** in **Bochum,** Parkstraße 11.

Aelteres, zuverlässiges

Alleinmädchen,

welches gut bürgerlich kochen kann, wird für sofort gesucht bei hohem Lohn und guter Verpflegung zu älterem, kinderlosem Ehepaar. Gute Zeugnisse erfordert. Angebote unter Nr. 8965 ins Tagblattbüro erbeten.

Perfekte Stenotypistin,

(keine Anfängerin) sofort oder 1. Februar für dauernden Posten gesucht.

Doeringsche Buchdruckerei, Amalienstr. 83.

Wir suchen für den provisionsweisen Ankauf

gebrauchter Wein- und Sekt-Flaschen

einen tatkräftigen Vertreter, der über ausreichende Lagerräume für das Einsammeln verfügt.

John Schütt & Co. m. b. H.,
Hamburg, Jungfernstieg 30, Hamburger Hof.

Wir suchen zum

sofortigen Eintritt

mehrere jüngere Beamte mit guter Allgemeinbildung und tadellosem Ruf. Schriftliche Bewerbungen mit ausführlichem Lebenslauf, mit Zeugnissen und Empfehlungen erbeten an

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit
vorm. Allgem. Versorgungs-Anstalt Karlsruhe.

Ehrliches, fleißiges **Mädchen** v. 1. Febr. od. spät. ges. b. **Otto Schnekenburger,** Delikatessengeschäft, Adlerstr. 19.

Suche brav., **fleißiges Mädchen,** in Haushalt und Küche bewandert, bei hoh. Lohn für 15. Febr. oder 1. März. Frau **W. Koegel,** Sofienstr. 132.

Tüchtiges Mädchen auf sofort oder 1. Februar gesucht.
Frau **Steigleder,** Sofienstraße 35, 2. Stock.

Tücht. Putzfrau

für Büroreinigung sofort ges. **Gebr. Kahn,** Durlacher Allee 65.

Männlich

Tüchtiger Kesselschmiedemeister oder **erstkl. Vorarbeiter**

für diesen Posten von Lokomotivfabrik z. möglichst baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lebensl., Zeugnisabschr., Gehaltsanspr. und Lichtbild unter Nr. 8963 ins Tagblattbüro erbeten.

Versicherungsbüro sucht für sofort od. später

Lehrling

aus gutem Hause mit gediegener Schulbildung. Angebote unter Nr. 8967 ins Tagblattbüro erb.

Stellen-Gesuche

Fräulein, 23 Jahre alt, sucht Stellung als Haushälterin, in allen Arbeiten bewandert, auch auswärts. Angebote unt. Nr. 8969 ins Tagblattbüro erbeten.

Verloren u. gefunden

Entlaufen Mittwoch abend

deutsch. Schäferhündin

62 cm hoch, dunkelgrau, linkes Ohr hängend. Vor Ankauf wird gewarnt.

Abzugeben gegen Belohnung **Schützenstr. 86,** parterre.

Verloren

von Kriegstr. über Feldweg zur Fabrik Max Schellberg ein Paket **Papiergewebe, 1 Kelle, 1 blaue Hose.** Abzugeb. gegen Belohnung **Unterbadisches Isolierwerk,** Zähringerstraße 88.

Empfehlungen

Ihr Paßbild

in wenigen Minuten nur im Photograph. Atelier, Herrenstr 88

Verkäufe

Wohnhaus

in der Altstadt, 2½ stöck., Laden 2 Zimmer u. Zub., 4 und 3 Zimmerwohn. 2c. Preis 45 000 ℳ 4 Zimmerwohnung kann frei gemacht werden. Anzahlung 20 000 ℳ **M. Busam** Herrenstraße 38.

! Diwans !

! Chaiselongues !

neue, m. u. ohne Decken, prima Ware, billig. **Köhler,** Schützenstr. 25.

Schneider-Nähmaschine, gut erh., billig zu verk. Zu erfrag. im Tagblattb.

Küchenherd,

neu, mit Rohr, wegen Wegzug billigst abzugeben: Karl-Friedrichstraße 24 III, **Büro.**

Schwarz. Herrenhut 54 weit 70 Mk. **Bücher n. Kriegstelegramme.** Boeckstraße 14, I. I. Stock, von 3—5 Uhr.

Kaufgesuche

Kupferner Badeofen

für Holz- u. Kohlenfeuerung **zu kaufen gesucht.** Angebote unter Nr. 8648 ins Tagblattbüro erbet.

Pierrotkostüm

zu kaufen gesucht. Ang. unter Nr. 8971 ins Tagblattbüro erbeten.

Kombiniert rationelles Heilverfahren:
Homöopathie Magnetismus Naturheilkunde
Bekannt für Spezialbehandlung alter, chronischer, langjähriger Leiden
15jährige Praxis.

Karl Teschke, Karlsruhe
Karl-Wilhelmstraße 36, 1 Treppe
Haltestelle der Elektrischen: Parkstraße. Linie 4 und 6.
Sprechstd.: nur Montag, Mittwoch, Donnerstag u. Samstag v. 9—1 u. 2—5 Uhr

Druckarbeiten

jeder Art, auch solche größeren Umfanges, sind wir in der Lage auf Wunsch in kürzester Frist zu liefern und bitten um gefällige Aufträge, deren sorgfältige Ausführung wir uns angelegen sein lassen

C. F. Müllersche
Hofbuchhandlung m. b. H.
Karlsruhe, Ritterstraße 1
297 Fernsprecher 297

Gänselebern

kauft fortwährend zu den **allerhöchsten Preisen**

Carl Pfefferle,
Erbprinzenstraße 23.

Gänse-Lebern

kauft fortwährend zu höchsten Tagespreisen

A. Wenner,
Mühlburg, Hardtstr. 11.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft

K. Möser,
Kreuzstraße 20, 2. Stock

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft.

G. Meeß, geb. Stürmer, Erbprinzenstr. 21, 2. St.

Unterricht

Verbessern Sie Ihre Schrift!
Lessingstraße 78
Fachlehrer Buck.
Telephon 1295.

Prima Apfelwein

glanzhell, kräftig, rein schmeckend, empfiehlt von 30 Liter an

Heinrich Lay, Kelterei, Lessingstr. 15.

Sanitas-Heilinstitut
Karlsruhe, Kaiserstraße 91, 2 Treppen.
Spezialbehandlung für Gallensteinkranke und Asthmaleidende (Bronchialkatarrh).
Sprechstunden: 10 bis 7 Uhr, Sonntags 10 bis 12 Uhr.

Abonnenten

berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten des

Karlsruher Tagblatt

Die Neuwascherei

Phönix

wascht und bügelt

Kragen

Manschetten und Chemisetten

innerhalb 8 Tagen in tadelloser Ausführung

Annahmestelle bei

Färberei Lasch.

Trauerbriefe

jeder Art liefert rasch und in tadelloser Ausführung

C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.

Durlach

Anzeigen- und Abonnements-Bestellungen

nimmt man für Durlach an unseren Vertreter

Firma

Carl Walz

Hauptstr. 56
Telephon 393

Die Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblatt

Israel. Gemeinde.
Betsaal Herrenstraße 11.
Freitag, den 20. Januar: Sabbatanfang 4.45 Uhr.
Samstag, d. 21. Januar. Morgengottesd. 9.00 U. Predigt 10.00 Uhr, Rabbiner Dr. Cohn. Nachm.-Gottesd. 3.30 U. Sabbatausgang 5.45 U.
Werktags: Morgengottesdienst 7.15 Uhr. Abendgottesdienst 5.00 U.

Israel. Religionsgesellschaft.
Freitag, den 20. Januar: Sabbatanfang 4.45 Uhr.
Samstag, d. 21. Januar: Morgengottesd. 8.00 U. Schülergottesd. 2.30 U. Nachm.-Gottesd. 4.00 U. Sabbatausgang 5.55 U.
Werktags: Morgengottesdienst 7.00 Uhr. Nachm.-Gottesd. 4.30 U.

Gebrüder Scharff

Vollreis	Gemüse
Pfd. 7.— und 8.—	**Konserven**
Gedörrte, kalif. **Pflaumen** Pfd. 10.— u. 12.—	Schnittbohnen 2 Pfd.-Dose 11.50
Mischobst Pfd. 8.—	Karotten 2 Pfd.-Dose 9.—
Marmelade in 1 Pfund-Gläser und offen, Pfd. 6.25, 7.— 8.—, 9.—	Erbsen 2 Pfd.-Dosa 9.50
Margarine vor der Preiserhöhg. Pfd. 20,—, 21.— 23.—, 24.—	letztere nur in Verbindung mit Karotten **Pflanzenfett** 1 Pfd.-Tafeln 25.— **Zucker** in sämtl. Niederlagen eingetroffen.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Mutter

Marie Hesch Wwe.

geb. Farrenkopf

nach schweren Leiden zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefer Trauer:
Emil Hesch u. Frau.

Die Beerdigung findet Samstag, den 21. Januar 1922, ¼4 Uhr statt.
Trauerhaus: Schützenstraße 14, II.

Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber, einziger Sohn und Bruder

Adolf Cramer

cand. med.

unser aller Freude und Hoffnung, von einer Ferien-Skifahrt in die Tiroler Alpen nicht zurückgekehrt ist. Mit seinen beiden Kameraden wurde er auf der Abfahrt durch eine Lawine verschüttet.

Wir bitten unsere Freunde um ein stilles, fürbittendes Gedenken.

In tiefem Leid:
Dr. med. **Traugott Cramer,** homöop. Arzt,
Helene Cramer, geb. Rehling,
Marie Cramer,
Alma Cramer.

Karlsruhe, den 19. Januar 1922.

Aus Baden

Neue Bestimmungen im Personenverkehr.

Ab 1. Febr. wird in Baden eine Fahrpreisermäßigung für Ferienhalbkolonien neu eingeführt, die eine Ermäßigung für Kinder gewährt, die innerhalb einer bestimmten Zeit täglich nach Ferienhalbkolonien oder nach Heil- und Erholungsstätten und wieder zurückverbracht werden. — Fernerhin sind die Bestimmungen über die ausnahmsweise Benützung von Güterzügen durch Reisende erweitert worden.

21 Millionen für badische Rentenempfänger.

Das Reichsarbeitsministerium hat zur Durchführung der Notstandsmaßnahmen für Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung an das Bad. Arbeitsministerium 21 Millionen überwiesen, aus denen den mit der Durchführung betrauten Gemeinden auf Antrag Vorschüsse gegeben werden können.

Ein schwerer Gemeindekonflikt.

t. **Ueberlingen**, 19. Jan. Der Konflikt auf dem Rathaus hat erneut scharfe Formen angenommen. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses, zu der auch die Sozialdemokraten wieder erschienen waren, sollte die Gehaltserhöhung des Bürgermeisters Dr. Emmerich behandelt werden. Als der Bürgermeister bei diesem Punkt den Saal verlassen wollte, beantragte der sozialdemokratische Gemeinderat Müller, er solle bleiben. Der Bürgerausschuß sprach sich mit 34 gegen 23 Stimmen gegen diesen Antrag aus. Als der Bürgermeister nun gehen wollte, forderte ihn Müller auf, zu bleiben, da er ihm verschiedenes zu sagen habe. Er erklärte, die sozialdemokratische Fraktion verweigere dem Bürgermeister jedes Gehalt, sie sei aber bereit, ihm wenigstens so viel zu bewilligen, daß es zu einem Strick lange, um sich an dem nächsten Laternenpfahl aufhängen zu können. Die Sitzung konnte daraufhin nicht fortgesetzt werden. Der Gemeinderat trat zusammen und beschloß, die Sitzung auf nächsten Dienstag zu vertagen.

Notstandsmaßnahmen für Rentenempfänger der Brände im Bodenseegebiet.

t. **Singen a. H.**, 19. Jan. In der vergangenen Nacht ist die Pumpenfabrik in Arlen vollständig niedergebrannt. Die teueren Maschinen sind fast alle zerstört. Der Schaden wird auf 450 000 Mk. berechnet und ist durch Versicherung größten Teils gedeckt. Die Brandursache ist noch nicht bekannt. — In Nandega ist gestern Nacht im Dachstuhl des Schulhauses Feuer ausgebrochen. Der Dachstuhl brannte nieder. Die darin befindlichen Holzvorräte wurden vernichtet. Das Gebäude selbst konnte gerettet werden.

t. **Markdorf** bei Ueberlingen, 19. Jan. (Drahtber.) Durch Feuer ist der große Gutshof des Landwirts Nagel in Vogelsang im benachbarten Oberamt Ravensburg in Schutt und Asche gelegt worden. Der Viehbestand konnte bis auf die Schweine mit Mühe gerettet werden. Viele Maschinen und landwirtschaftliche Geräte sind mitverbrannt. Der große Schaden ist nur zum geringen Teil gedeckt. — In Schwandorf bei Stockach war in der Wohnung des Landwirts Steinhauer Feuer ausgebrochen, das aber wieder gelöscht werden konnte. Der Schaden ist immerhin sehr beträchtlich.

Landwirtschaftlicher Vortragskurs.

Einer der beiden großen Vortragskurse der Badischen Landwirtschaftskammer findet in diesem Jahre in Karlsruhe statt und zwar am Mittwoch, 25. Januar, und Donnerstag, 26. Januar, im kleinen Festhallesaale. Es werden hervorragende Männer aus Wissenschaft und Praxis hierbei Vorträge halten. Folgende Namen seien vorläufig genannt: Der bekannte Volkswirtschaftler Professor Dr. Dade, Geschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrates in Berlin, Professor Dr. Brinkmann, Dozent für landwirtschaftliche Betriebslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn-Poppelsdorf, Geheimrat Professor Dr. Franz Lehmann, Vorstand der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Göttingen, ein bekannter Forscher auf dem Gebiete der Schweinefütterung, Oekonomierat Bielhauer, Leiter des Versuchsgutes der Landwirtschaftskammer in Rastatt, Professor Dr. Wacker, Dozent für Pflanzenzucht an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim.

An den Nachmittagen finden jeweils Besprechungen der einzelnen Vorträge statt, so daß jedermann Gelegenheit geboten ist, durch Anfragen sein Wissen zu bereichern und durch Mitteilung eigener Erfahrungen den Berufskollegen nützliche Winke zu geben. Die Vorträge sind nicht nur für die großen Landwirte, sondern bieten auch dem Kleinbauern neue Anregungen für ihre Wirtschaft. Der Besuch wird sich daher für jeden Landwirt lohnen.

*

t. **Graben** b. Karlsruhe, 19. Jan. Beim Anfahren einer Lokomotive mit Packwagen an einen Personenzug stieß infolge eines Versehens die Lokomotive so stark auf den Zug auf, daß zwei Personenwagen entgleisten. Ein Reisender und ein Schaffner wurden leicht verletzt.

t. **Pforzheim**, 19. Jan. Einbrecher stiegen in das Wäsche- und Aussteuergeschäft von Schwarz und stahlen Wäsche usw. im Gesamtwert von etwa 100 000 Mk.

t. **Steinsfurt** b. Sinsheim, 19. Jan. Es hat sich herausgestellt, daß die beiden anfänglich der Tat verdächtigen jungen Leute als Täter des Ueberfalls auf das Bahnwartshaus nicht in Betracht kommen können, da sie nachzuweisen vermochten, daß sie zur Zeit der Tat sich wo anders aufhielten. Bei der hiesigen Bevölkerung ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß als Täter flüchtige Zöglinge aus Schwarzbach oder Flehingen anzusehen sind.

t. **Mannheim**, 19. Jan. In große Gefahr brachten sich Kinder beim Rodeln am Neckar. Die Kinder fuhren den steilen Neckardamm auf ihrem Schlitten hinunter und auf dem Neckarvorland bis an den Neckar heran, wo sie im letzten Augenblick ihre Schlitten zur Seite lenkten. Einem Knaben gelang das Wagestück nicht und er sauste mit dem Schlitten in das Neckarwasser hinein. Glücklicherweise konnte sich der Knabe wieder selbst an Land retten. — Aus unbekannter Ursache hat sich ein 23jähriger Rangierer erschossen.

t. **Mannheim-Neckarau**, 19. Jan. Unter starker Teilnahme ist hier der Arbeiter Franz Rohl beerdigt worden, der nachträglich aus den Trümmern von Oppau geborgen worden war. Die Leiche des 34jährigen verunglückten Mannes lag in einem Keller und war noch gut erhalten. — Weil sie von ihrem Geliebten nicht mehr ins Kino mitgenommen wurde, sprang in Ludwigshafen eine 22jährige Fabrikarbeiterin aus einem Fenster des 2. Stockwerkes in den Hof und erlitt schwere Verletzungen. — Die Mannheimer Friseure haben eine 50proz. Tariferhöhung beschlossen.

t. **Ladenburg**, 18. Jan. Ein tieftrauriges Bild russischer Verhältnisse enthüllt ein Brief, den eine bedauernswerte Frau heimschrieb, die einen russischen Kriegsgefangenen, der seinerzeit hier gearbeitet, geheiratet hat und diesem in die Heimat folgte. Sie schreibt darin, die Eltern möchten ihr doch helfen, es fehle ihr und dem Kinde am nötigsten, nicht einmal Nähfaden sei zu haben. Auch an Papier fehle es. Man müsse das Feuer mit trockenem Pferdemist anzünden. An Essen habe sie nur Kartoffeln und Salz. Nur ihr Gottesbewußtsein habe sie bis jetzt davor zurückgehalten, sich das Leben zu nehmen. Es war der erste Brief seit 1920, seit sie mit dem Ehemann nach Rußland in dessen Heimatstadt Trotzki folgte, den ihre Eltern hier empfingen.

t. **Weinheim**, 19. Jan. Bei Arbeiten am Motor brachte der 22jährige Sohn des Landwirts Martin Zipp in Heppenheim den Kopf an den Treibriemen, wodurch ihm der Kopf buchstäblich abgerissen wurde.

- **Rastatt**, 19. Jan. Der Gemeinderat hat den Wiederaufbau der im letzten Sommer abgebrannten Gebäude auf der Fohlenweide und die Weiterverpachtung an die Mittelbadische Pferdezuchtgenossenschaft auf 6 Jahre beschlossen.

t. **Kehl**, 19. Jan. Der Verkehr nach dem Oberrhein ist zurzeit bei dem günstigen Rheinwasserstand sehr lebhaft. Die Kähne können auf einen Wasserstand von 1,80 Meter abgeladen werden. Da sehr wenige Güter am Markte sind, ist das Talgeschäft noch flau.

t. **Kork** b. Kehl, 19. Jan. Bei der Bürgermeisterwahl, bei der nur 45 Proz. abstimmten, wurde der seitherige Ortsvorstand Lutz mit großer Mehrheit wiedergewählt.

t. **Altenheim** bei Offenburg, 19. Jan. Eine hier abgehaltene Versammlung der Tabakpflanzer beschloß, auch in diesem Jahre wieder den Tabak selbst zu fermentieren.

t. **St. Georgen** bei Freiburg, 19. Jan. Zwei Knechte, die in zwei hiesigen Gasthäusern bedienstet waren, sind spurlos verschwunden. Man nimmt an, daß sie sich zur Fremdenlegion anwerben ließen.

t. **Furtwangen**, 19. Jan. In der Lage des Streiks der Schwarzwälder Uhrenindustrie ist eine Aenderung nicht eingetreten. Zu ernstlichen Ausschreitungen ist es laut „Neuem Schwarzwälder Tagblatt" noch nicht gekommen, wenn auch bei zwei hiesigen Firmen schroffe Auseinandersetzungen eine erbitterte Verschärfung der Lage befürchten lassen.

t. **Donaueschingen**, 19. Jan. Die Leichen der bei dem Rodelunglück ums Leben gekommenen beiden Männer, des 27jährigen Kaufmanns Karl Conzelmann und des 20jährigen Reichswehrsoldaten Otto Paul aus Nordhausen sind geborgen worden. Die Leichen wurden nicht weit von der Einbruchstelle fest aneinandergeklammert gefunden. Ihre Haltung legte Zeugnis von einem furchtbaren Todeskampf ab.

t. **Radolfzell**, 19. Jan. Der Bodenseepersonentarif wird ab 1. Febr. um 150 Proz. erhöht. Bodenseekilometer-Abonnements werden nicht mehr ausgegeben. Für Monatskarten wird der 16fache, für Wochenkarten der 4fache Fahrpreis berechnet. Nach dem 1. Febr. werden die Eisenbahn- und Schiffahrtspreise ungefähr gleich sein.

t. **Konstanz**, 19. Jan. Beim Stadtrat hatten sozialdemokratische Bürgerausschußmitglieder beantragt, den Gas- und Lichtstrompreis nach den Einkommensverhältnissen abzustufen. Der Stadtrat lehnte diesen Antrag ab, weil nach den Erfahrungen anderer Städte diese Einrichtung zu einem Mißerfolg geführt habe. Diejenigen, die die Preise nicht bezahlen könnten, müßten Unterstützungen erhalten.

t. **Konstanz**, 19. Jan. (Drahtber.) Durch die Grippe wird die hiesige Ortskrankenkasse außerordentlich belastet. Vom 1. bis 7. Januar wurden an Barunterstützungen 52 000 Mk. und vom 8. bis 14. Januar 75 000 Mk. ausbezahlt. In diesen Summen sind die Kosten für ärztliche Behandlung, Medikamente und Krankenhaus nicht einbegriffen.

Die Ermordung der Bürgermeister Busse und Werner vor Gericht.

(Vierter Tag.)

Debatte über die Fingerabdrücke.

t. **Heidelberg**, 19. Jan. (Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung im Siefert-Prozeß erklärte der Angeklagte: Ich bin mir bewußt, daß die Fingerabdrücke von größter Wichtigkeit sind, aber ich muß einige Feststellungen zu dem Gutachten des Herrn Dr. Popp machen. Siefert führte dann aus, daß damals auf den Photographien der Fingerabdrücke sich gelbe Linien befanden, die nun nicht mehr vorhanden seien. Er habe beobachtet, daß die Photographien damals von einem Sekretär vorgelegt worden seien, und er habe den Verdacht, daß mit den Bildern etwas geschehen sei. (?)

Der Vorsitzende frägt den Angeklagten, ob er damit sagen wolle, daß die Photographien verändert worden sind?

Der Untersuchungsrichter erklärt, daß Siefert anscheinend die Beschuldigung vorbringen wolle, daß ihm falsche Bilder gezeigt worden seien, um ihn zu einem Geständnis zu veranlassen. Er habe damals zwei Bilder von Dr. Popp bekommen, und es lasse sich genau erkennen, daß die Bilder mit den jetzigen vollkommen übereinstimmen.

Der Sachverständige Dr. Popp erklärt, daß auf den ersten Bildern Querlinien hineingezeichnet worden seien, um eine bessere Feststellung zu ermöglichen. In den neuen Bildern fehlen natürlich diese Linien, die lediglich zu einer näheren Erläuterung dienen sollten. Der Sachverständige sagt dann: Ich bin mir der großen Verantwortung genau bewußt, die ich in diesem Fall habe. Ich habe deshalb die Abdrücke viele Male, wohl ein Dutzend Mal genau vorgenommen und bin immer wieder zu dem gleichen Ergebnis gekommen. Auch mein Assistent hat die Sache genau geprüft und dasselbe festgestellt. Ich bin der vollen und felsenfesten Ueberzeugung, daß nur die Fingerabdrücke des Angeklagten in Betracht kommen

Es werden hierauf die Abdrücke nochmals den Geschworenen gezeigt und erklärt.

Siefert, der offenbar annahm, einen Hauptschlag geführt zu haben, ist den Ausführungen des Sachverständigen mit großer Aufmerksamkeit gefolgt und nun etwas enttäuscht. Er macht noch die Einwendung, daß sich damals gelbe Staubpunkte auf den Photographien befunden haben, die jetzt verschwunden sind. Er habe einen bestimmten Verdacht, und zwar nicht schon seit gestern, sondern bereits seit dem 23. Juli. Der Untersuchungsrichter erklärt, daß die beiden Photographien der Fingerabdrücke vom 22. Juli bis 3. Dezember in seinem Besitz gewesen seien und sich stets unter Verschluß befunden haben.

Es wird dann das Protokoll über die Auffindung der Leichen der beiden ermordeten Bürgermeister verlesen. Der Angeklagte wiederholt nochmals, was er damals am Tatort bei der Aufdeckung der Leichen gesagt hat und verharrt bei seiner Angabe, niemals am Tatort gewesen zu sein.

Kriminalkommissar Knissel gibt den Umfang und das Gewicht des großen Steines an, der auf der Leiche des Bürgermeisters Werner lag und zur Entdeckung führte.

Hierauf erstattet der Sachverständige Medizinalrat Dr. Holl einen eingehenden Bericht über die Sezierung der Leichen und erwähnt, daß der Schuß (bei Busse) von rechts vorne aufgetroffen habe und das Geschoß die Herzgefäße zerrissen hat. Der Ringfinger wurde abgeschnitten, ein Knochen dabei wahrscheinlich durchbrochen. Die starke Schädeldecke Werners war mit einem scharfkantigen Gegenstand durchschlagen worden, und zwar mehrere Male. Auch eine Reihe leichterer Beschädigungen weist sie auf. Der Sachverständige geht dann im einzelnen auf die Verletzungen der beiden Ermordeten ein und zeigt die beschädigten Kleidungsstücke der Bürgermeister. Als Siefert diese Stoffstücke gezeigt werden, betrachtet auch er sie mit lebhaftem Interesse.

Um ½12 Uhr trat eine kurze Pause ein.

Weitere Zeugenaussagen, die Siefert belasten.

Nachdem die Verhandlung wieder aufgenommen worden ist, wurden Zeugen vernommen, die Aussagen darüber machen sollten, was Siefert vom Tag des Mordes bis zu seiner Verhaftung getan hat. Hierbei ergeben sich mehrere interessante und wichtige Momente. Fast alle Zeugen aus Ziegelhausen haben Siefert am Abend des Mordtages (Peter und Paul) ungefähr zwischen 10 und ¼11 Uhr in der Richtung von der Ziegelhäuser Brücke aus in seine Wohnung zurückkehren sehen. Im Hause seiner Wirtin in Ziegelhausen aß Siefert noch zu Nacht. Die Aussagen der Zeugen sind hinsichtlich der Zeit ziemlich einig. Das ist deshalb bemerkenswert, weil Siefert in seiner Erzählung über die Fahrt nach Jagstfeld erklärte, daß er erst abends mit dem Schnellzug in Heidelberg angekommen sei und zu seiner Rückfahrt nach Ziegelhausen den letzten Straßenbahnwagen benützt habe, der von Heidelberg-Karlstor nach Schlierbach-Ziegelhausen geht und dort erst um ½12 Uhr eintrifft. Die Aussage Sieferts widerspricht also den Aussagen der Zeugen. Auch der Straßenbahnführer, der an jenem Abend Dienst hatte, hat bei seiner kommissarischen Vernehmung erklärt, daß er bestimmt sagen könne, Siefert sei nicht auf der Plattform seines Wagens gestanden, wie dieser angegeben hat. Vor allen Dingen kann er genau erklären, daß am Bahnhof Schlierbach-Ziegelhausen niemand die Plattform verlassen hat. Aus dieser Zeugenaussage ergibt sich ferner die Tatsache, daß fast allen Leuten, die Siefert noch am Abend nach seiner Rückkehr gesehen haben, seine außerordentlich gebräunte Gesichtsfarbe aufgefallen ist, was darauf schließen läßt, daß sich Siefert lange im Freien aufgehalten hat. Dazu sei erwähnt, daß sich in der gestrigen Verhandlung Zeugen dahin aussprachen, sie hätten einen Mann gesehen, der nach Größe und Kleidung dem Siefert sehr ähnlich sei, sie hätten aber seine Gesichtszüge nicht genau beobachten können, da die Gesichtsfarbe sehr dunkel gewesen sei und der betreffende Mann den Hut ins Gesicht gezogen habe.

In der Vormittagsverhandlung wird dann noch festgestellt, daß Siefert am Tag nach seiner Rückkehr auf seinem Zimmer seine Kleider ausbügelte, die er am Tage vorher getragen hatte, wobei er wahrscheinlich auch versuchte, die Blutflecken aus seinem Anzuge zu entfernen, was ihm allerdings nicht gelang.

Hiernach sagte der Vorsitzende zu Siefert: Siefert, leugnen Sie trotz der gegenteiligen Aussagen aller Zeugen, die Sie an jenem Tage in Ziegelhausen gesehen haben und trotz der Aussage des Straßenbahnführers?

Siefert antwortete: Ich kann nichts anderes sagen, als daß ich erst mit dem letzten Straßenbahnwagen angekommen bin. Denn ich war an jenem Tage in der Gegend von Jagstfeld. Die Zeugen müssen sich irren. Ich weiß, wo ich war und wann ich zurückgekehrt bin.

Danach vertagt sich das Gericht auf nachmittags ¼4 Uhr.

Sieferts Alibi-Beweis ist mißglückt.

Die Nachmittagssitzung gestaltete sich wieder nicht erfolgreich für den Angeklagten. Er war denn auch gegen Schluß des Gerichtstages ziemlich bedrückt.

Zuerst sprachen nach einigen Zeugenvernehmungen der Untersuchungsrichter über die Fahrt, die Siefert in die Gegend von Heilbronn und Jagstfeld unternommen hatte. Der Untersuchungsrichter erklärte hierzu, daß Siefert tatsächlich am Montag, den 27. Juni, mittags um 12 Uhr, von Heidelberg nach Offenau bei Jagstfeld gefahren sei. Er habe sich dort am Montag und auch am folgenden Tag, vielleicht auch noch in der Nacht zum Mittwoch aufgehalten. Hier haben sich die Angaben Sieferts bestätigt. Jedoch seine weiteren Angaben, daß er auch noch am Mittwoch, am Mordtag, sich dort befunden habe, haben keinerlei Bestätigung erfahren. Die Zeugen, die im Anschluß an die Angaben des Untersuchungsrichters vernommen wurden und die Siefert entlasten sollten, versagten in dieser Hinsicht vollständig. Vor allen Dingen erklärte der Fährmann, der Siefert am Mittwoch über den Neckar gesetzt haben soll und mit dem sich Siefert an diesem Mittwoch unterhalten haben will, daß er Siefert nicht am Mittwoch, sondern am Montag über den Neckar gesetzt und das erwähnte Gespräch geführt habe. Eine Bestätigung in dieser Richtung war auch die Aussage eines Fuhrmanns aus Offenau. Es ergab sich also, daß jeder Anhalt dafür fehlt, wo sich Siefert am Mittwoch aufgehalten hat.

Der Untersuchungsrichter erwähnte noch, daß er seinerzeit Siefert aufforderte, wenn er der Täter sei, so möge er daran denken, daß man die Leichen noch gar nicht gefunden habe, daß es aber eine schwere Prüfung für die in Heidelberg eingetroffenen Angehörigen sei, nicht zu wissen, wo sich ihre Toten befinden. — Siefert antwortete darauf: Wenn ich es wüßte, so würde ich es als ein Mensch, der auch noch ein Herz im Leibe hat, sofort sagen. Wer etwas derartiges tut, ist in meinen Augen kein Mensch mehr.

Nach dem Versagen der Zeugen über die Offenauer Fahrt sagte der Vorsitzende zu Siefert: „Siefert, Sie haben also Ihren Alibi-Beweis für den Mittwoch nicht erbracht." — Siefert antwortete: „Ich habe mich wohl allzusehr auf das Gespräch gestützt, das ich mit dem Fährmann hatte."

Der Angeklagte hat jetzt entschieden nicht mehr das Vertrauen in seine Sache, denn er sitzt mit ziemlich finsterem Gesicht da. — Es wird noch mitgeteilt, daß die Bahnstationen auf Anfrage erklärten, es seien Fahrkarten, wie sie Siefert am Mordtag zwischen Offenau und Heidelberg gelöst haben will, nicht auf den Stationen aufzufinden gewesen. Am Schlusse der Sitzung wurde noch eine Entlastungszeugin für Siefert aufgerufen, deren Ladung gestern vom Verteidiger beantragt worden war. Es ist dies ein junges Mädchen, das im vergangenen Jahr in der Eisenbahnkantine zu Neckarelz angestellt war. Siefert behauptete, er sei von diesem Mädchen am Mittwoch, dem Mordtage, bedient worden. Als die Zeugin jedoch vortrat, erklärte sie sofort, Siefert nicht zu kennen und fügte hinzu, daß sie nicht wisse, daß sie Siefert Speise oder Getränke gebracht habe. Als Siefert erklärte, es sei doch so, antwortete der Vorsitzende: Dann war es eben an einem andern Tag, aber nicht an jenem Mittwoch. Hierauf vertagt sich das Gericht auf Freitag.

Wie man hört, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Verhandlungen am Freitag nicht zu Ende gehen werden. Da auf Wunsch des Verteidigers der Samstag verhandlungsfrei bleiben soll, so ist anzunehmen, daß der Prozeß erst am Montag, wahrscheinlich aber erst am Dienstag zu Ende gehen wird. Die beiden für diese Tage angesetzten Schwurgerichtsfälle werden verschoben.

Sport-Spiel

Fußball.

Phönix — Freiburg. Trotzdem die Abt.-Meisterschaft des Phönix unantastbar feststeht, dürfte das Spiel der beiden Gegner am kommenden Sonntag nichts an Zugkraft und Interesse verloren haben. Phönix hat bis jetzt kein Spiel verloren. Die Mannschaft muß zeigen, daß sie nicht mit Glück das Rennen gewonnen hat, sondern durch ihr ausgereiftes Können, durch planmäßiges System die Spitze erobert hat. Die Phönix-Elf muß am Sonntag zeigen, was sie kann. Der F.F.C. hat den festen Willen, am Sonntag zu siegen, um zu beweisen, daß er noch immer der gute alte Kämpe ist, wie ehedem. Beide Gegner ringen um ihre sportliche Ehre!

Die Schneeschuhwettläufe auf Hundseck.

Cn. **Hundseck**, 19. Jan. Nachdem im verflossenen Winter infolge mangelnden Schnees die Schneeschuhwettläufe auf der Hundseck ausfallen mußten, werden sie am Samstag und Sonntag in großzügiger Weise zum Austrag kommen. An den Wettläufen beteiligt sich fast sämtliche Ortsgruppen des nördlichen Schwarzwalds, nämlich Achern, Baden-Baden, Bühl, Bühlertal, Mannheim, Rastatt, Karlsruhe und der Akad. Skiklub Karlsruhe. Die Oberleitung liegt in Händen des Vorstands der Ortsgruppe Bühlertal. Die einzelnen Konkurrenzen setzen sich zusammen aus einem zusammengesetzten Lauf, der aus Lang- und Sprunglauf besteht. Am Samstag nachmittag kommen die Langläufe der 1. und 2. Altersklasse zum Austrag. Die Laufstrecke beträgt 12—15 Kilometer. Anschließend findet der Langlauf 3. Klasse (Läufer unter 20 Jahren) über 5—10 Kilometer statt. Sonntag vormittag 8 Uhr wird zum Hindernislauf gestartet, ihm folgt der Damenlauf über 3—5 Kilometer, anschließend Schülerläufe und die großen Sprunglaufe an der Hundseckschanze. Die Beteiligung an den Wettläufen dürfte, den Nennungen nach zu schließen, eine sehr lebhafte werden.

Die Schneeverhältnisse im Schwarzwald.

Cn. **Vom Schwarzwald**, 19. Jan. (Privattel.) Die aus den Gebirgsstationen eintreffenden Wetter- und Schneeberichte lauten ausnahmslos für den Wintersport günstig. Durch Neuschnee, der in den letzten Tagen gefallen ist, ist die Schneedecke im Gebirge erhöht worden und sie erreicht im südlichen Hochschwarzwald (Gebiet des Feldberg, Herzogenhorn, Halde-Schauinsland, Belchen) durchschnittlich einen Meter, im Mittelschwarzwald (Gebiet von Triberg, Schönwald, Furtwangen, Schonach) etwa 40 bis 50 Zentimeter und im Nordschwarzwald (Gebiet Hornisgrinde, Badener Höhe, Kniebis) 60 bis 75 Zentimeter. Allgemein ist seit gestern klares, trockenes Frostwetter eingetreten; bei scharfen nordöstlichen Winden nimmt die Kälte zu und erreicht in oberen Berglagen etwa —8 bis —10 Grad, in tieferen Gegenden —3 bis —5 Grad. Der Schnee ist überall trocken und pulvrig, die obere Schicht meist leicht angefroren, nur stellenweise wird Harschschnee gemeldet. Für den Skilauf und den Rodelsport sind die Verhältnisse daher ausgezeichnet. Da auch in den Tälern und in der Ebene eine geschlossene, bis zu 10 Zentimeter hohe Schneedecke liegt, so sind die Sportbahnen bis zu den Bahnstationen fahrbar.

Aus dem Stadtkreise

Wegen erheblichen Rückgangs des Expreßgutverkehrs werden die Stadtannahmestellen in Karlsruhe, Mannheim und Freiburg aus wirtschaftlichen Gründen auf 1. Februar d. J. geschlossen.

Im Eisenbahnexpreßgutverkehr wird vom 1. Februar ab der bisherige Kilometertarif durch einen Staffeltarif ersetzt, der durch einen 60-prozentigen Zuschlag zum jeweiligen Eilguttarif gebildet wird. Die Mindestfracht beträgt 12 Mk. Das Mindestgewicht für Frachtberechnung 10 Kilogr., die Mindestentfernung 10 Kilometer. Die Beträge werden auf volle Mark aufgerundet. Auch die Fracht für beschleunigtes Eilgut wird vom 1. Februar ab nicht mehr durch Verdoppelung des Gewichts, sondern nach dem einfach abgerundeten Gewicht für gewöhnliches Eilgut unter Zuschlag von 60% berechnet. Mindestfracht 20 Mark, Mindestgewicht 20 Kilogr. Damit sind die Tarife für Expreßgut und beschleunigtes Eilgut mit Rücksicht auf die Gleichartigkeit der Beförderung gleichgestellt, mit Ausnahme der geringen Unterschiede im Mindestgewicht.

Auf einer Wintersportfahrt tödlich verunglückt ist der cand. med. Adolf Cramer von hier, Sohn des Dr. med. Traugott Cramer. Bei einer Ferienskifahrt in den Tiroler Alpen wurde er von einer Lawine überrascht und fand den Verschüttungstod.

Festkommers aus Anlaß der Enthüllung einer Gefallenen-Gedenktafel im Staatstechnikum. Morgens war im Beisein der Behörden und der Regierung im Gebäude des Staatstechnikums eine schlichte, aber geschmackvolle Ehrentafel für alle Gefallenen, Professoren und Studierende, enthüllt worden. Nahezu 200 Opfer hat das Staatstechnikum zu beklagen. Am Abend entwickelte sich im kleinen Saale der Festhalle, wiederum im Beisein von Vertretern der Regierung ein farbenreiches Bild. Im Saal in langen Reihen die Farbentragenden und nichttragenden Studierenden der Anstalt. Vor dem Podium die große Zahl der Professoren und Dozenten und der Vertreter der Behörden usw. Auf dem Podium aber die Vertreter der staatstechnischen Aktivitas, die Chargierten im Wichs. Nach der allgemeinen Begrüßung und dem Einzug der Chargierten folgte als Eröffnungskantus: „Sind wir vereint . . .“ Mit reicher Abwechselung in Musikstücken, Ansprachen und Studentenliedern erreichte der Kommers seinen frühen Höhepunkt mit dem Absingen von: „Deutschland, Deutschland über alles.“ Bei der Hauptgedächtnisansprache des ersten Chargierten der Studentenschaft imponierte das kommandierte silentium strictissimum von 5 Minuten. Ueberhaupt war der Kommers von Anfang bis zum Ende ein einziger großer Eindruck, der allen beteiligten so leicht nicht aus dem Gedächtnis schwinden wird. —p.

Veranstaltungen.

Badische Lichtspiele. Die jüngste Vorführung im Konzerthaus brachte für eine Anzahl Besucher insofern eine Enttäuschung, als das Bezirksamt nach Rücksprache mit der Geschäftsleitung und einem ärztlichen Sachverständigen für richtig gefunden hatte, für den laufenden Spielplan die Zulassung Jugendlicher einzuschränken. Männlichen Besuchern unter 18 Jahren und Mädchen unter 14 Jahren ist der Besuch für diesmal versagt. Der Film „Unsere Kinder, unsere Zukunft“ ist an sich sehr gut und außerordentlich lehrreich, namentlich wenn er — dem ja bisher immer geübten Brauch der Badischen Lichtspiele entsprechend — von einem erklärenden Vortrag begleitet wird. Diese Erläuterung wurden von berufener ärztlicher Seite in sehr klarer und allgemeinverständlicher Weise gegeben und richtete sich, wie es in der Natur des Filminhaltes lag, in erster Linie an die jungen Mütter und die heranwachsende weibliche Jugend. Wünschenswert wäre es, wenn der Besuch gerade aus den Kreisen, den die von Staat und Gemeinden eingerichteten Beratungsstellen, Kranken- und Pflegehäuser, Krippen- und Kinderheime, in erster Linie dienen sollen, regerer wäre. Es ist bedauerlich, wenn die Redner, die hier dem öffentlichen Wohl Zeit und Mühe opfern, keine zahlreichere Zuhörerschaft finden. Diese Filmreihe, die außerdem noch verschiedene interessante und belustigende Laufbilder bringt, wird am Samstag und Montag zu den bekannten Stunden nochmals vorgeführt, nöchmals durch Vortrag von ärztlicher Seite begleitet; außerdem wird der Film in einer Sondervorführung am Samstag den demnächst zur Entlassung kommenden Schülerinnen sämtlicher hiesiger Volksschulen gezeigt und erläutert werden. Bei dieser Gelegenheit soll auch darauf hingewiesen werden, daß der Besuch von Filmvorführungen für Kinder unter sechs Jahren durch Reichsgesetz allgemein verboten ist — auch in Begleitung Erwachsener.

Humor und Tanz ist das Leitmotiv für das am nächsten Sonntag, 22. Januar, nachmittags 4 Uhr, in der Festhalle stattfindende städtische Konzert. Zwei sehr beliebte Karlsruher Künstler wirken dabei mit. Frau Liesel Müller-Suhr (Tänze) und Vortragskünstler Willy Eder (Pierrot-Vorträge im Kostüm und Vorträge am Flügel). Das Programm wird außerdem noch mit Musikvorträgen der Feuerwehrkapelle (Leitung Obermusikmeister a. D. Otto Schotte) ausgestaltet. Die Solovorträge finden bei verdunkeltem Saale und farbiger Bühnenbeleuchtung statt, wodurch eine reizvolle Wirkung erzielt werden wird. Das außerordentlich reichhaltige Programm ist hervorragend geeignet, die Besucher des Konzerts in der angenehmsten Weise zu unterhalten. Kartenvorverkauf beim Verkehrsverein und am Stadtgartenschalter. Man beachte die Anzeige.

Standesbuch-Auszüge.

Geburten 11. Jan.: Maja Liselotte, Vater Herm. Roth, Malermeister. — 14. Jan.: Karl Wilhelm, Vater Heinr. Weschenfelder, Fabrikant; Detlef Wilhelm Bernhard, Vater Wilh. Jessen, Großkaufmann; Veronika Erika Anna Frieda, Vater Endreß, Schreinermeister. — 16. Jan.: Ewald Otto Eugen, Vater Otto Mildenberger, Bürogehilfe. — 17. Jan.: Maria, Vater Emil Essig, Gasarbeiter; Emilie, Vater Karl Heim, Postbetriebsschaffner; Berta, Vater Wilh. May, Maschinist. — 18. Jan.: Richard Ferdinand, Vater Erwin Förter, Betriebsbeamter.

Todesfälle. 17. Jan.: Margarethe Klumpp, alt 86 Jahre, Witwe von Jonas Klumpp, Stalldiener; Babette Gleisle, alt 69 Jahre, Ehefrau von Leopold Gleisle, städt. Taglöhner. — 18. Jan.: Johannes Herrmann, Wagenmeister, Ehemann, alt 60 Jahre; Johanna Betz, alt 67 Jahre, Witwe von Wilh. Betz, Kaufmann.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Freitag, 20. Jan.: ½2 Uhr: Babette Gleisle, Stadttaglöhners-Ehefrau, Zähringerstr. 4. — 2 Uhr: Georg Stier, Stellwerksmeister, Scherrstraße 3a. — ½ 3 Uhr: Johannes Herrmann, Wagenmeister, Luisenstr. 71. — 3 Uhr: Johanna Betz, Kaufmanns-Witwe, Kaiserstraße 85.

Gerichtssaal

Karlsruher Schwurgericht.

t. **Karlsruhe**, 19. Jan. Am Donnerstag, vormittags 9 Uhr, fand die Verhandlung gegen den wegen

erschwerter Amtsunterschlagung

angeklagten Marktmeister Schneller aus Pforzheim ihren Fortgang.

Zu Beginn der Verhandlung führte der Vorsitzende aus: Die Firma Pfannkuch, die im Jahre 1919 die Bevölkerung der Stadt Pforzheim mit Fischen versorgte, konnte im Mai 1919 den Absatz an die Bevölkerung nicht mehr allein bewältigen. Aus diesem Grunde übernahm die Stadtgemeinde Pforzheim einen Teil der Verkaufsgeschäfte. Hier wird dem Angeklagten zur Last gelegt, bei dieser Gelegenheit einen Betrag von 660 Mk. unterschlagen zu haben, indem er über diesen Verkauf, der durch städtische Beamte erfolgte, keine Abrechnung an die Stadt gemacht, sondern die Abrechnung bei sich behalten hat und den Erlös, der nach Berechnungen des Sachverständigen erzielt worden sein muß, nicht abgeliefert hat.

Der Angeklagte, der sich zu diesem Punkte äußerte, sagte u. a.: Die Abrechnung habe ich angefertigt, aber es wurde mir erklärt, daß die Firma Pfannkuch mit der Stadt direkt abrechne. Nach den Aeußerungen des Rechnungssachverständigen Linser über Gewichtsdifferenzen führte der Angeklagte noch weiter aus: Die Brückenwage, auf der die Fische, die im Auto von der Bahn befördert wurden, gewogen wurden, war nicht zuverlässig.

Zeuge Lux: Wegen der Wage hatte ich einmal Schwierigkeiten. Bei den Fischsendungen hatte ich ein erhebliches, mir erklärliches Manko. — Zeuge Bäuerle: Beim Verkauf war ich dabei, Verkaufslisten wurden geführt und kamen ins Büro mit dem Erlös. Abrechnung wurde hergestellt; warum sie nicht an das Abrechnungsamt kam, weiß ich nicht. — Zeuge Bott: Zur Aufstellung der Abrechnungslisten hatte ich nicht die Verkaufslisten als Unterlage. Der Marktmeister gab mir die grundlegenden Zahlen an. Erst bei der Untersuchung wurde mir bekannt, daß diese von mir ausgefertigten Abrechnungslisten nicht an das Rechnungsamt gekommen waren.

Zeuge Weber: Bei den Fischverkäufen im Mai 1919 war wenig Abfall vorhanden. Die Fische waren außerordentlich billig, weshalb die Leute kauften, so viel sie bekommen konnten. — Bürgermeister Streng gibt zu dem Fischverkauf im Gegensatz zu den Aeußerungen Schnellers an, daß es sich bei den Geschäften um eine städtische Angelegenheit gehandelt habe.

Bei dem Punkte, bei dem dem Angeklagten vorgeworfen wird, Wochenmarktsstandgelder veruntreut zu haben, gibt der Vorsitzende folgende Erklärung: Wenn jemand auf dem Markt eine Gebühr für geliehene Gegenstände, wie Marktböcke, Bänke, zu zahlen hatte, wurde ihm ein Wertzeichen für den Betrag ausgehändigt. Damit nun der Erheber das Geld alles ablieferte, mußte er beim Rechnungsamt der Stadt diese Wertzeichen holen und wurde dafür belastet. Es hat sich nun herausgestellt, so nimmt die Anklage an, daß der Angeklagte eine besondere Kasse eingerichtet und Anordnungen traf, daß keine Wertzeichen mehr ausgegeben wurden und daß ihm das Geld abgeliefert werden sollte. Zu dieser Beschuldigung führte der Angeklagte aus: Ich kann für eine Unterschlagung nicht in Frage kommen, weil ich kein Geld in die Hand bekam. Seitens der Revision liegt hier ein Fehler vor.

Der Rechnungssachverständige Linser hat an der Hand der Unterlagen, soweit sie vorhanden sind, angenommen, daß 1100.40 Mk. in die Leihkasse hineingeflossen sind. Für die Zeit, für die keine Unterlagen vorhanden sind, verrechnete dieser eine zu vermutende Einnahme der Leihgebührenkasse von 643.02 Mk.

Eine längere Diskussion entstand alsdann über die Frage der Zweckmäßigkeit der Wertzeichen oder die Führung eines Notizbuches, wie es der Angeklagte Schneller geführt hat, anstatt die Wertzeichen beizubehalten.

Zeuge Bott: Bei meinem Austritt im März 1920 übergab ich die Kasse mit 94 Mk. Zweimal lieferte ich Schneller Beträge von einigen hundert Mark ab, von denen ich nicht weiß, was damit geschah.

Hierauf sprechen sich einige Zeugen über die Führung der Leihgebührenkasse aus, wobei die Ausführungen des Zeugen Bäuerle, der erklärt, er habe die Leihgebührenkasse nicht übernommen, weil ihm die Sache nicht sauber schien, Heiterkeit auslöste.

Der Zeuge Salz führt aus: Eines Tages mußte ich Leihgebühren einziehen. Das Geld sollte ich an den Marktmeister abliefern, ohne jede Kontrolle durch Wertzeichen. Ich widersetzte mich dem. Als man am zweiten Tag wiederum von mir forderte, daß ich das Geld ohne jede Kontrolle dem Marktmeister übergeben solle, wurde ich beim Rechnungsamt vorstellig. Als der Marktmeister telephonisch dem Rechnungsamt falsche Angaben über den Sachverhalt machte, hatte ich dann eine heftige Auseinandersetzung, bei der ich den Marktmeister in schärfster Weise auf sein Verhalten, von dem alle Angestellten wußten, hinwies. Auf Befragen seitens des Vorsitzenden gibt der Zeuge dann noch an, daß er einmal dabei gewesen sei, als Schneller Akten verbrannt habe; wessen Inhalts diese waren, kann der Zeuge jedoch nicht angeben.

Der Zeuge Schenk bestätigt die Angaben des Salz, soweit sie ihm bekannt sind.

Der Zeuge Huber sagt aus, daß er vom Marktamt, der Geschäftsstelle des Angeklagten, zweimal Beträge von einigen hundert Mark Auslieferungen an das Krankenhaus in seiner Eigenschaft als Oberbuchhalter bei der Stadtkasse habe fordern müssen.

Als der Angeklagte auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt, er hätte das Geld ohne Bedenken an die Stadtkasse auf deren Anforderung ausbezahlt, wird vom Vorsitzenden auf die geringe Glaubwürdigkeit dieser Aussage hingewiesen. — Ferner sagt Schneller, daß er diese Beträge, die er an die Stadtkasse nachträglich bezahlt habe, aus der Gebührenkasse bestritten habe.

Im Anschluß an diese Aussage stellt der Rechnungssachverständige Linser die Frage an den Angeklagten, ob das Geld von den Krankenhausrechnungen in die Leihgebührenkasse abgeführt wurde. Der Angeklagte antwortet, sich an Einzelheiten nicht mehr genau zu erinnern.

Nachdem noch ein Zeuge, der wegen der Transportschwierigkeiten infolge seiner Krüppelhaftigkeit vernommen werden mußte, über eigentlich noch nicht zur Sprache gehörige Punkte gehört war, wird die Sitzung auf nachmittags ¼4 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

Im folgenden Anklagepunkt handelt es sich um Fälle, wo der Angeklagte nach Annahme der Anklage Gebühren eingezogen und einen Betrag in Höhe von 792.95 Mk. weder an die Leihkasse, noch an die Stadtkasse abgeführt, sondern für sich verwendet hat.

Der Angeklagte behauptet, daß diese Gelder durch Vernichtung von Wertzeichen in die Leihgebührenkasse gekommen seien.

Zeuge Stiefenhöfer: Ich kassierte zweimal Beträge, darunter einen solchen von 581 Mk. Jedesmal übergab ich das Geld dem Marktmeister.

Der Angeklagte bestreitet, solches Geld von dem Zeugen Stiefenhöfer erhalten zu haben.

Zeugin Kullmann: Bei mir wurde einmal Geld mittels einer vom Marktmeister unterschriebenen Quittung erhoben.

Der Vorsitzende weist nach dieser Aussage den Angeklagten darauf hin, daß es sonderbar sei, daß er sich nicht mehr um das Geld gekümmert habe, nachdem er doch die Quittung ausgestellt habe.

Bei einem Frühlingsfest im April 1920, das von dem Verein reisender Schausteller veranstaltet wurde, soll der Angeklagte Marktmeister nach der Argumentation der Anklage 1800 Mk. unterschlagen haben. Schneller stellte städtisches Material zur Errichtung von Buden und eines Tanzbodens zur Verfügung und berechnete eine Leihgebühr. An die Stadtkasse lieferte er jedoch die eingenommenen Gebührengelder nicht ab.

Der Angeklagte erklärte, daß es sich hier seiner Ansicht nach um eine private Angelegenheit handle. Als Vergütung erhielt er von dem veranstaltenden Verein 600 Mk.

Zunächst wird zu diesem Punkte der Zeuge Stockinger, im ersten Bericht irrtümlich Strobel genannt, vernommen. Der Zeuge, der damals als Bürgermeister in Pforzheim tätig war, stellte es in beredter und energischer Weise in Abrede, daß es sich hier um eine private Angelegenheit handeln könne. Der Angeklagte soll sogar nach seiner Kenntnis städtische Angestellte zum Einkassieren von Geldern bei dieser Angelegenheit benutzt haben.

Zeuge Falk (Vorstandsmitglied des veranstaltenden Vereins): Schneller arrangierte das Frühlingsfest. Für das Material, für die Buden und den Tanzboden wurden Abgaben bezahlt. Für den Tanzboden sogar eine solche von 1000 Mk. Am Abend vor seiner Verhaftung drängte mich der Angeklagte zur Herausgabe der Abrechnungsliste über die bezahlten Abgaben für das gebrauchte städtische Material und zwar unter dem Vorgeben, daß ein Revisor der Stadt diese Abrechnung zur Einsichtnahme benötige.

Diese Gebührenabrechnungsliste wurde nach den Angaben des Angeklagten versehentlich von seiner Frau verbrannt.

Zeuge Salz sagt noch aus, daß auf dem Tanzboden wesentlich höhere Einnahmen erzielt wurden als wie sie der Angeklagte mit etwas über 500 Mk. angibt.

Nach erschöpfender Behandlung dieses Anklagepunktes wurde die Sitzung auf Freitag vormittags 9 Uhr vertagt.

Celly de Rheidt vor Gericht.

Nach eintägiger Pause wurde in Berlin am 17. ds. Mts. der Prozeß gegen Celly de Rheidt und ihr Ballett fortgesetzt. In der Beweisaufnahme wurde der von der Staatsanwaltschaft geladene Zeuge Neubold vernommen, der Schriftführer des Berliner Zweigvereins des Kölner Verbandes zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit ist. Der Zeuge bekundet, daß er schon seit Jahren gegen derartige öffentliche Nacktaufführungen einen Kampf führe. Das Ballett der Celly de Rheidt habe er sich im Kabarett „Schall und Rauch“ angesehen und einen Teil der Tänze mit innerlichem Widerstreben beobachtet. Es sei ihm sofort aufgefallen, daß sich ein gewisses Publikum vorn dicht am Podium herumdränge, um auch ja alles sehen zu können. Durch den Tanz „Die Nonne“ sei besonders sein religiöses Empfinden als Katholik aufs schwerste verletzt worden. Gegen einen anderen Teil der Tänze, die künstlerische Leistungen darboten, habe er nicht das Geringste einzuwenden.

Es werden sodann als Sachverständige die Solotänzerin Frau Elisabeth Grube und Balletmeister Trojanowsky vernommen, die übereinstimmend bekunden, daß das Celly de Rheidt-Ballett durchaus unkünstlerisch sei. Ein Urteil über die Unzüchtigkeit lehnen sie ab, da sie hierfür nicht kompetent seien. Kriminalkommissar von Behr, Leiter der Abteilung A des Polizeipräsidiums, war seinerzeit mit den Ermittelungen über das Ballett Celly de Rheidt beauftragt und hat damals, wie er bekundet, keinen Zweifel darüber gehabt, daß einzelne Tänze unbedingt als unzüchtig zu betrachten waren. Bei der Aufführung im „Schwarzen Kater“ habe das Publikum vor Vergnügen gejohlt, es sei dies eine nur zu deutliche Quittung auf die Schweinereien gewesen, die gezeigt wurden.

Sodann wird als Sachverständiger der Präsident der deutschen Bühnengenossenschaft, Gustav Rickelt, vernommen, der bekundete, er habe die Tanzvorführungen sehr langweilig gefunden und sei sogar schließlich sanft eingenickt. Den Eindruck einer wirklich künstlerischen Leistung habe er von der Vorführung nicht gehabt. Allerdings hat Celly de Rheidt den Versuch gemacht, etwas Künstlerisches zu schaffen, von einer Tendenz, unzüchtig zu sein, habe ich nichts gemerkt. Der Bauchtanz an sich wirkt sinnlich, aber jede Kunst kommt aus dem Sinnlichen und soll und muß auch auf die Sinne wirken. Aehnlich äußert sich der Sachverständige Exzellenz von Putlitz, der eine künstlerische Absicht nicht völlig verkennt.

Staatskommissar Dr. Weismann bekundet, daß er die Darbietungen für geschmacklos, aber nicht unzüchtig gefunden habe. Er habe deshalb auch auf die ihm vorgelegten Akten den Vermerk „zum Einschreiten kein Anlaß“ gemacht.

*

w. **Landsberg**, 19. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den Fleischergesellen Rich. Peschke aus Zanzin wegen schweren Raubmordes zum Tode und wegen Versuchs schweren Mordes und Raubes in zwei Fällen zu 10 Jahren Zuchthaus. Peschke gehörte zu jenen Tätern, die Gutaufkäufer aus Berlin und der Provinz in die Gegend von Landsberg lockten. Im August 1920 hatte er den Kriegsbeschädigten Schlöter aus Berlin ermordet. Bei dem Kaufmann Donnerstag und dem Kraftwagenführer Ulrich aus Berlin mißlang das geplante Verbrechen.

Briefkasten

B. G., Durlach. Das Proviantamt in Gottesaue brannte Ende Juni oder Anfang Juli 1915 ab.

Tagesanzeiger.

Freitag, den 20. Januar 1922.

Landestheater. Der Schatzgräber (mit Professor Schreker). 5½ Uhr.

Colosseum. Varieté. 8 Uhr.

Kaufmännischer Verein. Vortrag (Rezitationen). Großer Eintrachtsaal. 8 Uhr.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Donnerstag, den 19. Januar 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.

Ort	Luftdr. in NN	Temp. C°	Winde Richtg	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
	mm					
Hamburg	764.0	—4	SO	schwach	heiter	0.5
Danzig	76,3	0	NO	leicht	bedeckt	2
Berlin	766,7	—3	O	mäßig	Nebel	0
Frankfurt	—	—	—	—	—	—
München	764.1	—4	NO	mäßig	bedeckt	0,5
Kopenhag.	765,8	0	OSO	leicht	Schnee	0.5
Stockholm.	770,0	—9	NO	leicht	wolkig	2
Haparanda	773,8	—18	N	schwach	wolkig	0
Skudenes	—	—	—	—	—	—
Valentia	745.8	2	SSO	schwach	bedeckt	—
Paris	759,	—2	S	schwach	bedeckt	0
Toulouse	760.9	—5	—	still	wolkig	[illegible]
Zürich	763,6	—1	NW	leicht	[illegible]	0
Wien	763,7	0	NNW	schwach	Schnee	0.5

Beobachtungen badische Wetterstellen morgens 7[h]

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	—2	1	—5	NO	leicht	bedeckt	0
Königstuhl Seehöhe 563 m							
763.8	—4	—1	—5	O	leicht	Nebel	0
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
764.3	—3	2	—3	NO	leicht	bedeckt	0
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
764.0	—3	2	—3	SO	leicht	bedeckt	0
Villingen Seehöhe 712 m							
764.3	—4	—1	—6	NO	leicht	bedeckt	1

Allgemeine Witterungsübersicht.

Das nördliche Hochdruckgebiet hat sich südwärts über Deutschland ausgebreitet und Aufheiterung mit schärferem Frost, auch in der Rheinebene gebracht. Ueber dem Kanal dringt ein neuer Tiefdruckausläufer vor, der aber kaum Einfluß auf unsere Witterung gewinnen wird. Es ist daher Fortdauer des meist heiteren, trockenen Frostwetters zu erwarten.

Wetteraussichten für Freitag, den 20. Januar: Fortdauer des Frostes, meist heiter und trocken.

Schneeberichte.

Feldberg: 95 Ztm., dichter Schnee, leichter O., —7 Gr., Nebel, Wintersport gut.

Villingen: 19 Ztm., dichter Schnee, leichter NO., —4 Gr., bedeckt.

Königstuhl: 12 Ztm., dichter Schnee, —4 Gr., leichter O., Nebel.

Herrenalb: 10 Ztm., gefrorener Schnee, —8 Gr., Ski- und Rodelsport sehr gut.

Dobel: 10 Ztm., 1½ Ztm. pulv. Neuschnee, —5 Gr., klar, Ski- und Rodelbahn gut.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	19. Jan.		18. Jan.
Schusterinsel	1.15 m		1,22 m
Kehl	2.27 m		2,35 m
Maxau	4.12 m		4,22 m
	— m	mittags 12 Uhr	4,20 m
	— m	abends 6 Uhr	4,2 m
Mannheim	3. 6 m		3 18 m

Ronnefeldt's Tee
aromatisch und ausgiebig, billig im Verbrauch
Niederlagen in allen Stadtteilen

LECIFERRIN für Kinder, die nicht gedeihen und in der Entwicklung zurückbleiben.
Hervorragend begutachtet zur körperlichen und geistigen Entwicklung. Von Kindern mit Vorliebe genommen.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 19. Januar (abends).

Belgien	1525	Schweiz	3750
Paris	1585	London	815
Neuyork	193	Italien	—
Holland	7075		

Tendenz: fester.

✦

Die Zukunft der deutschen Handelskammern.

Ueber dieses Thema verbreitete sich auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag in Berlin das neue geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Brandt mit einem Bericht, der mitten in den Kampf um die Organisation der Wirtschaftsräte hineinführte und als eine programmatische Kundgebung über die künftige Arbeit der deutschen Handelskammern und ihres Spitzenverbandes, des Deutschen Industrie- und Handelstages, gedacht war und durchgeführt wurde. Dr. Brandt schilderte zunächst die umfassende und vielseitige praktische Arbeit der Handelskammern und ihres Spitzenverbandes, beklagte, daß diese Arbeit so wenig bekannt und anerkannt sei, und bat die Presse, den Handelskammern bei der Aufklärungsarbeit, die sie zur Abhilfe einzuleiten beabsichtigen, zu unterstützen.

Ueber das Wesen der Handelskammern führte der Redner aus, die Handelskammern seien gesetzlichen Berufsvertretungen der Industrie, des Handels und der Schiffahrt für einen bestimmten Bezirk. Hunderte von Fachverbänden und Arbeitgeberverbänden hätten einen Teil des Gebietes der Handelskammerarbeit mit angebaut und dennoch stehe die Daseinsnotwendigkeit der Handelskammern heute so fest wie am Tage ihrer Gründung.

Die regionale Interessenvertretung für Handel und Industrie sei lückenlos nur in der Form der Handelskammern durchgeführt und durchführbar. Die amtlichen Berufsvertretungen seien regionale Zentralstellen für die Sammlung und Erkündung wirtschaftlicher Tatsachen; wirtschaftliche Wetterwarten, wo aus ständiger Beobachtung des Wirtschaftslebens eines Bezirks ein Gesamtüberblick gewonnen werden soll, der in all der umfangreichen Gutachtertätigkeit für die Behörden und Parlamente praktisch verwertet wird, der die praktische Initiativarbeit der Kammern befruchtet und die Richtung für die wirtschaftspolitische Einstellung bestimmt. — Unter regionalen Beziehungen der Gewerbe zueinander sei die Interesseneinheit zu verstehen, die Handel und Industrie in den großen deutschen Wirtschaftsfragen, aber auch in den Fragen regionaler Gewerbepolitik zur Geltung zu bringen haben, wie sie bei den Gemeindesteuern, dem Gemeindebauwesen, dem Wegebau, dem Eisenbahnbau, der Hafenentwicklung, dem Post- und Fernsprechwesen, dem Fortbildungs- und Fachschulwesen und auf tausend anderen Gebieten zu tage treten.

Dr. Brandt ging dann auf die Fragen ein, die sich aus der Organisation der Wirtschaftsräte für die Handelskammern ergeben. Er erklärte einen Unterbau der etwa zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräte, durch den die amtlichen Berufsvertretungen der Unternehmer zu Filialen oder abhängigen Lokalgruppen eines Bezirkswirtschaftsrates gemacht werden sollten, für ebenso unnötig wie unmöglich und stellte fest, daß diese Erkenntnis jetzt auch im Reichswirtschaftsrat durchdringe. Die Bezirkswirtschaftsräte könnten nur Aufgaben unmittelbarer Produktionsförderung übernehmen, die von allen Berufsständen als gemeinsam anerkannt werden. Redner erklärte, daß die Handelskammern selbst zwar nicht paritätisch gemacht werden dürften, daß aber die Kammern zur Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitsvertretungen in paritätischen Ausschüssen, deren Form und Inhalt den besonders gearteten Verhältnissen in Industrie, Handel und Schiffahrt entsprechend zu bestimmen ist, bereit seien. Dr. Brandt wandte sich sodann zu den besonderen Aufgaben, die die Zukunft den deutschen Handelskammern und dem deutschen Industrie- und Handelstag stellte, empfahl den Handelskammern eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den Gemeinden und freien Fachverbänden, unterstrich die Bedeutung des Deutschen Industrie- und Handelstags als einer Klammer der deutschen Reichseinheit, und betonte, offenbar im Auftrage, ganz besonders die Bereitschaft und den Wunsch nach reger gemeinsamer Arbeit mit den übrigen Spitzenverbänden der produktiven Berufsstände.

Eine Aussprache schloß sich an den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht an. Es wurde vielmehr einstimmig durch Zuruf folgende Entschließung angenommen:

Die deutschen Handelskammern sind als lückenlose regionale gesetzliche Berufsvertretung von Industrie, Handel und Verkehr unersetzbar. Sie haben ebenso wie ihr Spitzenverband, der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Pflicht, die Interessen der von ihnen vertretenen Berufsgruppen sachlich im Rahmen der Erfordernisse der deutschen Volkswirtschaft wahrzunehmen.

Die Organisation der Handelskammern und des Deutschen Industrie- und Handelstages muß jederzeit der Wirtschaftsentwicklung angepaßt sein und ihr Einfluß verstärkt werden. Die hierfür nötigen Reformen, wie sie in dem Entwurf eines preußischen Handelskammergesetzes schon vorbereitet sind, sollten schnell durchgeführt und das Bestehen des Deutschen Industrie- und Handelstages reichsrechtlich gesichert werden.

Die Notwendigkeit einheitlicher Gewerbepolitik verlangt von den Handelskammern als regionalen Berufsvertretungen eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den Gemeinden und freien Wirtschaftsverbänden, vom Deutschen Industrie- und Handelstag die Bereitwilligkeit zur ständigen Gemeinschaftsarbeit mit den übrigen Spitzenverbänden.

An der Besetzung gesetzlicher Wirtschaftsräte aus dem Unternehmerkreise sind die gesetzlichen Berufsvertretungen als Wahlkörper angemessen zu beteiligen.

Die Handelskammer sind von der Notwendigkeit berufsständischer Gemeinschaftsarbeit für die Unternehmer, Angestellten und Arbeiter des von ihnen vertretenen Berufskreises überzeugt.

Die Gemeinschaftsarbeit soll unter Wahrung der Selbständigkeit der Handelskammern in der bisherigen Form zwischen den Berufsvertretungen der Unternehmer und der Arbeiter- und Angestelltenvertretungen in Handel, Industrie und Verkehr durch ständige paritätische Ausschüsse beider Körperschaftsgruppen erfolgen, deren Organisation und Arbeitsprogramm im einzelnen noch festzulegen ist.

Die Torfwerke.

Das Bad. Arbeitsministerium schreibt uns:

Im Anschluß an eine Veröffentlichung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Freiburg in der Freiburger „Volkswacht" beschäftigen sich verschiedene Blätter mit dem Unternehmen der „Badischen Torfgewinnung" in Hinterzarten und Kaltbrunn. Dem Landtag wird das Arbeitsministerium zu gegebener Zeit eingehend darüber Rechenschaft ablegen, inwieweit die Versprechungen, die es im letzten Frühjahr gegeben hat, gehalten worden sind.

Hier sei nur so viel gesagt: Die Betriebe sind technisch in besten Zustand gebracht und vor allem gut entwässert; die Betriebsorganisation ist äußerst vereinfacht. Die Produktion des verflossenen Betriebsjahrs entspricht im wesentlichen den Erwartungen, kann aber in Hinterzarten noch gesteigert werden; auch die durchschnittlichen Selbstkosten halten sich innerhalb der Grenzen des dem Landtag vor Bewilligung weiterer Mittel vorgelegten Voranschlags. Niemand dürfte angesichts der eingetretenen Brennstoffnot tadeln, daß die Torfgewinnung im vergangenen Jahr erfolgreich betrieben worden ist. Schwierig war allerdings bis vor kurzem noch der Absatz, da infolge der Lieferung schlechten Torfes in früheren Jahren ein allgemeines Mißtrauen gegen diesen Brennstoff Platz gegriffen hat. Eine günstige wirtschaftliche Verwertung des Torfs in staatlichen oder gemeindlichen Betrieben hat sich gegen Erwarten nicht erreichen lassen. Der Badischen Torfgewinnung fehlt eine Absatzorganisation, wie sie die Kohlengroßfirmen besitzen. Diese oder große Industriefirmen mit geeigneten Feuerungsanlagen würden die Produktion der Torfwerke wesentlich günstiger verwerten können; sie hätten das kostspielige Zwischenlager auf den Torffeldern großenteils nicht nötig und wären des Absatzes jederzeit sicher. Es liegt daher im volkswirtschaftlichen und wohlverstandenen Arbeiterinteresse, wenn der Aufsichtsrat der „Badischen Torfgewinnung" Anregungen seitens der sogen. Kreise, den Betrieb des Hinterzartener Torfwerkes ihnen pachtweise zu überlassen, ernstlich näher treten wird.

Die Zuschrift des Arbeitsministeriums befaßt sich weiter mit den Löhnen. Es heißt da, es bestehe kein Anlaß, über die Löhne zu klagen, wenn man erfahre, daß im vergangenen Jahr an die größtenteils zu den Torfarbeiten beigezogenen Arbeitslosen der Städte Freiburg und Konstanz Verdienste zur Auszahlung gelangten, die etwa 50 Prozent über jenen anderer süddeutscher Konkurrenzwerke standen.

Börse Handel — Industrie — Gewerbe.

Mannheimer Effektenbörse.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Mannheim**, 19. Jan. Die Tendenz war auch heute ziemlich fest. Rege Nachfrage bestand für Benz zum Schluß zu 650 Proz. Ferner wurden umgesetzt: Neckarsulmer Fahrzeuge zu 520, Dampfkessel Rodberg zu 780, Zellstoff Waldhof 800, Anilin 582 Geld, Westeregeln 3000 Geld. In Württembergischen Transportversicherungsaktien war kleines Geschäft zu 1550 Mk. pro Stück.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 19. Jan. An der heutigen Börse hielt die freundliche Stimmung an, wenngleich die Kursbewegung nicht allzu erheblich war. Die politische Lage wird andauernd sehr zurückhaltend beurteilt, und die Unternehmungslust bleibt gering. Immerhin ließ sich die Beobachtung machen, daß auch das Privatpublikum, das sich in letzter Zeit dem Geschäft wenig gewidmet hatte, Neigung zu Engagements zeigte.

Der Devisenmarkt war in den frühen Vormittagsstunden nicht besonders lebhaft. Der Dollar zog zunächst an, 193, und wurde im weiteren Verlaufe mit etwa 191—190 gehandelt. Auf dem Markte der unnotierten Werte wurden Mansfelder Kuxe lebhaft gefragt, 24 000, Allgemeiner Bankverein 45, Deutsche Petroleum 1825, Benz-Motoren 645, Rastatter Waggon 690, Chemische Rhenania 895, Gummi Stoeckicht 340—360. Bezugsrecht Benz 103—104, Brown Boveri 63—65. Die Kursbesserung setzte sich in Montanpapieren durch. Phönix, Buderus, Mannesmann, Rheinstahl setzten höher ein. Kaliwerte abgeschwächt, Westeregeln 3000, Aschersleben 980. Maschinenfabriken und Autowerte zeigten eine gleichmäßige Tendenz. Daimler variabel 500. Die chemischen Aktien unterlagen teilweise Schwankungen. Scheideanstalt 1400, Höchst 558—560. Badische Anilin schwächer 577. Elektro Bergmann 900 büßten bei erster Notiz 90 ein. Sonst sind diese Aktien, wie Licht und Kraft und Lahmeyer fester. Zellstoff waren bei höheren Kursen lebhaft umgesetzt. Oesterreichische Kreditanstalt schwächer, büßten 7 Proz. ein. Auslandswete zogen an. Mexikaner fester. Großes Interesse zeigte sich für Metallätzwerke und Maschinenfabrik Badenia. Die Tendenz gestaltete sich am Schluß fest. Privatdiskont 4½ Prozent.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 19. Jan. Das Schwanken der Devisenkurse war zwar nicht geeignet, die Unternehmungslust an der Börse zu steigern. Trotzdem war die Tendenz am Effektenmarkt fest, da das Privatpublikum an seinem Besitz festhält und heute sogar vielfach die limitierten Verkaufsordres zurückzog. So genügten schon mäßige Käufe, um die Kurse ansehnlich zu steigern. Lebhaftes Geschäft fand nur in besonders bevorzugten Werten wie Kohlen- und Kaliaktien, Waggonfabriken- und Textilwerten statt. Von letzteren waren Hamersen zeitweilig 160 Proz. höher. Auf dem Montanmarkt stiegen Rheinstahl über 100. Ilse Bergbau setzten ihre Aufwärtsbewegung fort. Auch Köln-Neuessener waren ansehnlich höher. Phönix waren um 55 Prozent gebessert. Von chemischen Werten waren Chemische Griesheim und Theodor Goldschmidt um 70 Proz. gesteigert. Elektrizitätswerte waren nicht gleichmäßig. Schiffahrtswerte begegneten geringer Kauflust, besonders stiegen Deutsch-Australier und Hamburg-Südamerika. Bankaktien waren bei mäßigen Umsätzen im allgemeinen wenig verändert. Anlagemarkt ruhig und behauptet.

Märkte.

Wochenmarktpreise der wichtigsten Lebensmittel in Karlsruhe. Ochsenfleisch mit Knochen am 19. Jan. 1 Pfd. 1500—1600 Pfg. (15. Jan. 1300—1400), Rindfleisch mit Knochen 1 Pfd. 1300—1600 (1200 bis 1400), Kalbfleisch mit Knochen 1 Pfd. 1700 bis 1800 (1600), Kuhfleisch mit Knochen 1 Pfd. 1000 bis 1100 (1000), Hammelfleisch mit Knochen 1 Pfd. 1400—1600, Schweinefleisch mit Knochen 1 Pfd. 2200—2600 (2000—2200), Hasen-Ragout 1 Pfd. 1000 (1000), Hasen-Schlegel 1 Pfd. 1500 (1400), Reh-Ragut 1 Pfd. 1000 (800), Reh-Schlegel 1 Pfd. 2000 (1600), Hühner-Hahn Stück 3000—5000 (—), Henne Stück — (2000—4000), Gänse lebend, Stück 10 000 bis 13 500 (—), Gänse, tot, 1 Pfd. 1800—2000 (—), Kabeljau 1 Pfd. 1300 (500), Schellfische 1 Pfd. 1000 (450), Stockfische 1 Pfd. 600 (—), Rosenkohl 1 Pfd. — (180), Blumenkohl 1 Pfd. — (300—600), Winterkohl 1 Pfd. 120 (25), Rotkraut 1 Pfd. — (55), Weißkraut 1 Pfd. — (30), Wirsing 1 Pfd. — (40), Spinat 1 Pfd. 160 (60), Rüben, gelbe, 1 Pfd. 150 (35—40), Schwarzwurzeln 1 Pfd. — (220—250), Endiviensalat Stück 70—100 (30—40), Feldsalat 1 Pfd. 350 (160), Sellerie 1 Pfd. 180 (80), Meerrettig 1 Pfd. 800 (250), Rettig Stück 30 (5—10), Zwiebeln 1 Pfd. 180—200 (90), Lauch 1 Pfd. 100 (—), Tafeläpfel 1 Pfd. 350—400 (170), Kochäpfel 1 Pfd. 300—350 (—), Tafelbirnen 1 Pfd. 400 (170), Kochbirnen 1 Pfd. 400 (—), Nüsse 1 Pfd. 1100—1400 (—), Haselnüsse 1 Pfd. 2000—2400 (—), Orangen Stück 100—400 (100—200), Zitronen Stück 50—200 (50—70), Eier, frische, Stück 400—500 (270—280), Tafelbutter 1 Pfd. 3600—4400 (—), Schweizerkäse 1 Pfd. 3200 bis 3600 (—), Rahmkäse 1 Pfd. 1600 (1520), Limburgerkäse 1 Pfd. 2000 —1600), Handkäse, Stück 85—90 (—).

Verschiedenes.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz dauert unvermindert fort. Neben den chemischen und Textilfabriken leidet auch das Bauhandwerk außerordentlich darunter. Die Zimmergeschäfte mußten ihre ältesten und letzten Arbeiter entlassen. Das gleiche Bild zeigt sich in der ganzen Schweiz, wo auch die Uhrenindustrie insbesondere brach liegt.

Mannheimer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen: Mais, La Plata 710—720 mit Sack, Weizen, loco 825—840, Erbsen, inl. 700 bis 900, Roggen 630—640, Braugerste 740—760, Hafer 590—600, Biertreber 550—570, Wiesenheu 300—320, Preßstroh 100, gebundenes Stroh 100, Reis mit Sack 800—1200. Tendenz: fest.

Amtliche Nachrichten

Ministerium des Innern.

Verliehen: dem Flußwärter Theobald Berl von Marlen die Rettungsmedaille.

Ernannt: Landesökonomierat Theodor Schittenhelm in Hochburg zum Vorstand der Landwirtschaftsschule Augustenberg; Landesökonomierat Josef Stolzenberg zum Vorstand der Landwirtschaftsschule Hochburg.

Ministerium der Finanzen.

Entlassen auf Ansuchen: der Bauobersekretär Max Lay in Konstanz.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	18. Jan.	19. Jan.
Badische Bank	510.—	519.—
Darmstädter Bank	270.—	270.—
Deutsche Bank	460.—	465.—
Diskonto Commandit	412.—	422.—
Dresdener Bank	318.—	320.—
Mitteld. Creditbank	294.—	290.—
Oesterr. Länderbank	194.	171.—
Pfälzische Bank	60.25	55.—
Rheinische Creditbank	300.—	300.—
Südd. Diskonto-Ges.	370.—	370.—
Wiener Bankverein	74.50	68.—
Württbg. Notenbank	—.—	—.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	930.—	1000.
Gelsenkirchen	905.—	919.—
Harpener	1460.	1450.
Laurahütte	953.—	989.—
Aschaff. Zellstoff	870.—	899.50
Grün & Bilfinger	620.—	670.—
Zementw. Heidelberg	740.—	770.—
Bad. Anilin	592.—	600.—
Scheideanstalt	1396.	1420.
Höchster Farben	575.—	580.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	505.—	514.—
Gebr. Junghans	590.—	602.—
Adler & Oppenheimer	—.—	1359.
B. Masch. Badenia	—.—	630.—
Maschfabr. Durlach	809.—	801.—
Maschfabr. Gritzner	1000.	1045.
Haid & Neu	780.—	784.—
Maschfabr. Karlsruhe	900.—	905.—
Oberursel	632.—	650.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	655.—	680.—
Bleisser Baumwolle	—.—	—.—
Spinnerei Ettlingen	1650	1650.
Uhrenfabr. Furtwang	735.—	—.—
Waggon-Fabrik Fuchs	750.—	785.—
Zellstoff Waldhof	790.—	800.—
Zuckerfabr. Waghäusel	768.—	766.—
Zuckerfabr. Frankenth.	735.—	751.—
Benz Motoren	640.—	645/50
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	855.—	863.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	17. Jan.	19. Jan.
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II " "	99.90	100.—
5% III " "	100.—	100.—
4½ IV—V "	84.80	85.—
4½ VI—IX "	72.—	72.—
4½ 1924er "	95.20	95.60
5% Deutsch. Reichsanl	77.50	77.50
4% " "	88.20	87.80
3½% " "	73.25	73.30
3% " "	104.50	104.40
Deutsche Prämienanl.	79.90	79.90
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. " 192	99.90	100.—
4% Preußische Konsol	71.—	72.50
3½% " "	60.50	61.30
3% " "	59.—	59.60
4% Bad. Staatsanl. 08	77.60	77.
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	485.—	429.50
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	—.—	640.—
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	1975.	2085
Deutsch-Australien	531.—	570.—
Hamburger Paketfahrt	415.	421.—
Hambg.-Südamerika	655.—	710.—
Hansa D.-Schiffahrt	405.—	390.—
Norddeutscher Lloyd	393.—	395.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges	445.—	435.—
Darmstädter Bank	—.—	275.—
Deutsche Bank	468.—	470.—
Diskonto-Commandit	415.—	415.—
Dresdner Bank	327.—	325.—
Nationalbank	—.—	233.—
Oesterr. Credit	105.—	91.—
Reichsbank	198.—	199.25

Industrie-Papiere	17. Jan.	19. Jan.
Accumulatoren	812.—	865.—
Adlerwerke	619.50	615.—
Alexanderwerke	589.50	585.—
A. E. G.	700.—	690.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1290	1301
Augsburg-Nürnberg	1206.	1245.
Badische Anilin	577.—	590.—
Bergmann Elektrizität	900.—	877.—
Berl. Anh. Maschinen	661.—	692.—
Berliner Maschinen	1065	1090.
Bing Nürnberg	560.25	560.—
Bismarckhütte	2450.	—.—
Bochumer Guß	985.—	990.—
Gebrüder Böhler	1220.	1220.
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	700.—	715.—
Chem. Griesheim	680.—	725.—
Chem. Albert	1395.	1450.
Daimler Motoren	499.—	500.50
Dessauer Gas	532.—	522.—
Deutsch-Luxemburg	865.—	890.
D. Eisenbahn S. W.	559.—	569.—
Deutsch Erdöl	2025.	1960.
Deutsches Kali	1380	1320
Deutsche Waffen	1259.	1349.
Deutsch Eisenh.	865.—	935.—
Dynamit Trust	631.—	677.—
Elberfelder Farben	561.—	588.—
Eschweil. Bergwerke	701.—	775.—
Feldmühle Papier	810.—	850.—
Felten & Guillaume	950.—	985.—
Filter Brautechnik	1100.	1125.
Gargenau	690.—	675.—
Gasmotoren Deutz	655.—	738.—
Gelsenkirchen	837.—	910.—
Genschow	700.—	694.50
Goldschmidt	1045.	1220.
Gritzner Maschinen	1000.	1030.
Hannover Maschinen	2500.	2600.
Hannover Waggon	1025.	1005.
Harpener	1420.	1425.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	711.—	750.—
Höchster Farben	549.—	560.—
Hösch Eisen	1152	1205.

	17. Jan.	19. Jan.
Hohenlohe	710.—	710.—
Kali Aschersleben	1000.	950.—
Maschfabr. Karlsruhe	881.—	900.—
Ver. Köln.-Rottweil	730.—	825.—
Kostheimer Cellulose	502.—	500.—
Kyffhäuser	518.—	505.—
Lahmeyer Co.	480.25	501.—
Laurahütte	950.—	942.—
Lindes Eismaschinen	585.50	600.—
Ludwig Löwe	851.—	875.—
Lothringer Zement	790.—	848.—
Mannesmann	1420	1450.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	739.75	740.—
Oberschl. Eisenindustr	610.—	630.—
Oberschl. Kokswerke	1801.	1805.
Orenstein & Koppel	965.—	1000.
Phönix Bergwerke	1014.	1050.
Rheinisch Metall	462.—	461.—
Rheinisch Stahl	1120.	1200.
Rombacher Hütte	700.—	725.—
Rütgerswerke	820.—	850.—
Sachsenwerke	552.25	560.—
Schuckert & Co.	611.—	627.50
Siemens & Halske	780.—	790.—
Sinner Brauerei	—.—	880.ex
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1425.	1448.
Stollberger Zink	1118	1110
Türkischer Tabak	—.—	2560.
Varziner Papier	1230	1360.
Vereinigt. D. Nikel	1048.	1061.
Vereinigt. Glanzstoff	—.—	2200
Vereinigt. Stahl Zypen	4000.	4000.
Wanderer Fahrrad	1495	1500
Westeregeln Alkali	3250.	3000.
Zellstoff Waldhof	765.—	793.—
Otavi Minen	791.—	848.—
Otavi Genuß	790.—	815.—
Deutsche Petroleum	1675.	1800.
Pomona	4300.	4200.
Kollmar & Jourdan	750.—	—.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 19. Januar.

	18. Jan. Geld	18. Jan. Brief	19. Jan. Geld	19. Jan. Brief
Antwerpen-Brüssel	1466.—	1469.—	1498.50	1501.50
Holland	6918.—	6932.—	6983.—	6997.—
London	794.20	795.80	803.10	804.90
Paris	1534.40	1537.40	1560.90	1564.10
Schweiz	3661.30	3668.70	3708.70	3716.30
Spanien	2734.70	2740.30	2837.10	2842.90
Italien	821.60	823.40	831.60	833.40
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	3796.20	3803.80	3826.10	3833.90
Norwegen	2959.50	2965.50	2987.—	2993.—
Schweden	4682.80	4692.20	4747.70	4757.30
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	188.80	189.20	190.80	191.20
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch Oesterr.	6.24	6.26	6.04	6.06
Budapest	24.22	24.28	25.72	25.73
Prag	319.60	320.40	323.10	323.90

w. Berlin, 19 Januar.

	18. Jan. Geld	18. Jan. Brief	19. Jan. Geld	19. Jan. Brief
Rotterd.-Amsterd	6913.05	6926.95	6983.—	6997.—
Brüssel	1478.50	1481.50	1488.50	1491.50
Christiania	2967.—	2973.	2982.—	2988.—
Kopenhagen	3786.20	3793.80	3816.15	3823.85
Stockholm	4715.25	4724.75	4735.75	4744.75
Helsingfors	348.65	349.35	354.60	355.40
Italien	824.15	825.85	829.15	830.85
London	799.20	800.80	804.15	805.85
Newyork	189.06	189.44	190.30	190.70
Paris	1540.96	1544.05	1553.40	1556.60
Schweiz	3671.30	3678.70	3706.25	3713.75
Spanien	2822.15	2827.85	2842.15	2847.85
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	5.93	5.97	5.88	5.92
Prag	311.40	312.10	321.15	321.85
Budapest	23.87	23.93	25.57	25.63
Lissabon	124.35	124.65	123.85	124.15
Bulgarien	—.—	—.—	—.—	—.—
Buenos-Aires	62.90	63.10	63.15	63.35

Abenddevisen.

Frankfurt, 19. Jan.

Brüssel	1525	Paris	1585
Holland	7075	Italien	—
London	815	Neuyork	193
Schweiz	3750		

Tendenz: fester.

w. Zürich, 19 Januar.

	18. Jan.	19. Jan.
Holland	189.25	188.75
Deutschland	2.72½	2.70
Wien	0.16	0.16
Prag	8.70	8.70
Paris	42.—	42.20
London	21.74	21.75
Italien	22.40	22.45
Brüssel	39.50	40.70
Budapest	0.67½	0.68
Newyork	514.50	514.50
Agram	1.80	1.75
Warschau	0.18	0.17
Kopenhagen	102.50	103.—
Stockholm	128.—	128.25
Christiania	80.50	80.75
Madrid	76.75	77.—
Buenos-Aires	170.—	172.50
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	(a) vorbörsl.	(b) nachbörsl.
Holland	6950 — 7100	7025 — 7125
Schweiz	3675 — 3750	3700 — 3775
Paris	1535 — 1580	1555 — 1600
Belgien	1460 — 1520	1480 — 1525
London	800 — 810	805 — 815
Neuyork	190½ — 193	191 — 193½
Italien	817 — 840	820 — 850
	Tendenz befestigt.	Tendenz anziehend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betr.

1. Auf Grund des § 21 des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 09 (R.G.Bl. S. 487) und des § 28 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats vom 3. Februar 1910 (R.G. Bl. S. 389) in Verbindung mit § 1 der bad. V.O. vom 22. März 1910 den Verkehr mit Kraftfahrzeuger betr. (G. u. V.Bl. S. 147) wird folgende

polizeiliche Anordnung

erlassen:

Kraftfahrzeuge, deren Gesamtgewicht 5,5 Tonnen übersteigt, dürfen die Brücke über den Malscher Landgraben im Zuge der Neuen Anlagestraße in Bulach nur so langsam wie möglich befahren.

Zuwiderhandlungen werden nach § 21 des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 bestraft.

Karlsruhe, den 13. Januar 1922.

Bezirksamt II. O.Z. 10.

Bekanntmachung.

Errichtung einer Ortsviehversicherungs-Anstalt für die Stadt Karlsruhe.

Einem bei uns eingegangenen Antrage entsprechend, soll unter den Besitzern von Rindvieh über die Errichtung einer Ortsviehversicherungsanstalt abgestimmt werden, in der das in Karlsruhe dauernd eingestellte Rindvieh gegen die durch Umstehen oder Notschlachtung der Tiere verursachten Verluste zu versichern ist. Das Nähere ist in dem Rundschreiben enthalten, das wir an die Besitzer von Rindvieh (mit Ausnahme der in Rüppurr wohnenden, da in Rüppurr schon eine derartige Anstalt besteht) gerichtet haben. Diejenigen Besitzer von Rindvieh, die das Anschreiben nicht erhalten haben, müssen sich bis **24. Januar** bei dem zuständigen Gemeindesekretariat und für Alt-Karlsruhe beim städt. Statistischen Amt melden; andernfalls können sie an der Abstimmung nicht teilnehmen, sind aber trotzdem an ihr Ergebnis gebunden.

Karlsruhe, den 17. Januar 1922.

Das Bürgermeisteramt.

Besuchet den

Vortragskurs

d. Badischen Landwirtschaftskammer in Karlsruhe

am 25. und 26. Januar 1922 im kleinen Festhallesaal

(Beginn 9¾ Uhr vormittags).

Frachtbriefe

für inneren u. internationalen Verkehr mit amtl. Prüfungsstempel nach neuer Vorschrift

liefert die

C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., Karlsruhe, Ritterstraße 1.

Keine Ladenspesen. Keine Personalspesen.

Daniels Konfektionshaus

Tel. 1846 Karlsruhe, Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Schwarze

Mäntel, Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen

zu bekannt billigsten Preisen.

Kleinkunstbühne

Rotes Haus

Waldstraße.

Direktion: Gebr. Ritter.

Künstl. Leitung: Willi Eder.

Nur noch kurze Zeit bringt **Willi Eder** sein neuestes Pracht-Repertoir! Darum **versäumen Sie nicht**, den beliebten Künstler zu hören.

Tischbestellung 4690. Anfang 8 Uhr.

Warme Winter-Kleidung

Mil.- oder Fahrpelze 750, 1000, Reise-Flausch-Mäntel 500, 650, amerik. Mil.-Mäntel 300, Winter-Joppen mit Musttaschen, warm gefüttert, aus dicken derben Winterstoffen 350, 400, Winter-Flausch-Joppen mit Musttaschen 460, 500, feldgr. Mil.-Kav.-Mäntel 300, Mil.-Arbeitsröcke, Blusen, Litewken 76, starke Arbeitshosen 140, Stiefelhosen 130, feldgraue Blusen, tadellos umgearbeitet mit Rückengurt 150, 170, Trikothemden, schwerste Qualität 100, Trikotunterhosen 90, prima Barchent- oder Flanellhemden 85, Einheitswäsche, Garnitur Hemd und Hose S. 1 80, S. 2 60 Mark.

Schaft-Stiefel, Schnür-Schuhe

¾ Schaftstiefel 400, Mil.-Instr.Stiefel 350 größere Nummern 380, Schnürschuhe 240, mit Doppelsohle 260, gebraucht 70, 100, je nach Beschaffenheit. Versand portofrei per Nachn. Umtausch anstandslos. Bei Bestellung bitte Brustumfang, Bundweite und Schrittlänge angeben. Preiskatalog franko. **Koltermann, Versandhaus f. d. gesamten Landwirtsbedarf, Berlin-Lichtenberg B 30 a Möllendorfstr. 94/95.**

Bucherer

empfiehlt

Schmalz

garantiert rein

Pfund Mark **29.—**

Kokosfett

Pfund Mark **25.—**

Margarine

solange Vorrat

Pfund Mark **21.—**

und Mark **23.50**

Bucherer

in sämtlichen Filialen.

Verein d. Hundefreunde, e. V.

Einladung

zu der am Freitag, d. 10. Febr. 1922, abends 8 Uhr, im Lokal **Palmengarten** stattfindenden Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Vorlage der Schaurechnung.
4. Erneuerungswahl.
5. Anträge.
6. Verschiedenes.

Anträge sind bis zum 1. Febr. 1922 beim 1. Vorsitzenden, Erbprinzenstr. 29, einzureichen.

Der Vorstand.

I. Vorsitzender: A. Hanner.

II. Schriftführer: E. Fecker.

Wenn Sie schlafen

arbeiten die **Lorscher Klosterpillen** als ideales Abführmittel. Selbst dauernd gebraucht unschädlich, da nur aus Pflanzenstoffen. Pr. 5 ℳ. **Hilda-Apotheke, Stern-Apotheke, Mülburg.**

Rheumatiker

finden Hilfe u. Linderung ihrer schreckl. Schmerzen durch d. **Sanitas-Haustur Sanitas-Gichttabletts** 12 ℳ, **Sanitas-Rheuma-Salbe** 15 ℳ, **Sanitas-Rheumatee** 3 Pk. 18 ℳ in der Kronen- u. Stadtapotheke Karlsruhe.

Hartpapier-Eimer

in Frankfurt a. M. lagernde 12 000 Stück **preiswert abzugeben.**

Hans Everth, Berlin N. 24

Friedrichstraße 118—119.

K.F.C. PHÖNIX

PHÖNIX — ALEMANNIA

Sportplatz: Fasanengarten.

Sonntag, 22. Januar, nachmittags 2½ Uhr

F.C. Freiburg

gegen

Phönix

9½ Uhr III., V. u. VII. Mannschaft Training.

11 Uhr VI. g. Durmersheim II.

1 Uhr II. gegen Wiesental (C-Meister).

Abends

Familienzusammenkunft

im „Go denen Adler".

Jugend-Abteilung:

Heute Freitag und morgen Samstag jeweils nachmittags von 4—7 Uhr werden im Vereinslokal Gold Adler die neuen Mitgliedskarten für 1922 ausgegeben. Eintritt zum Spiel gegen Freiburg nur gegen Vorzeigen der **neuen** Mitgliedskarten.

Karlsruher Fußballverein, E. V.

Schirmherr: Prinz Max von Baden.

Sonntag, 22. Januar, 11 Uhr:

F. V. Beiertheim

Ligaspiel.

Vor- und nachher Spiele der unteren Mannschaften.

Badisch. Leibgrenadier-Verein Karlsruhe e. V.

Samstag, den 21. Januar abends 7.30 Uhr

im Saale der 3 Linden Mühlburg

Familienabend

mit Tanz

Ein Sommerabend auf dem Lande!

Einführungsrecht gestattet.

Ehemalige Leibgrenadiere sind willkommen!

Für Rückfahrt nach Schluß ist Sorge getragen

Der Verwaltungsrat.

Heirat.

Arbeiter, 47 Jahre alt, in sicherer Stellung, ohne Vermögen, wünscht sich zu verheiraten mit Witwe oder älterem Fräulein. Angebote unter Nr. 8973 ins Tagblattbüro erbet.

RESIDENZ-Lichtspiele

Waldstraße 30 — Waldstraße 30

Nur noch heute

Freitag, den 20. Januar 1922

Die Bettelgräfin vom Kurfürstendamm

Das Mädchen aus der dunklen Gasse

Großstadtbild in 6 Akten v. H. Ortmann

In der Hauptrolle:

Lee Parry

Gerh. Ritterband, Arthur Wartan, Else Wagner, Felix Heck

Cello-Vortrag

von Fräulein Hertha Vollmair

Mester-Woche Nr. 1

I. Berlin: Zum Ableben des bekannten Heerführers Generaloberst von Beseler.

II. Windsturm in der Nordsee.

Voranzeige:

ab Samstag, den 21. Januar 1922

Die Abenteuerin von Monte Carlo

„Der Mordprozeß Stanley"

In der Hauptrolle: **Ellen Richter.**

Konzerthaus Badische Lichtspiele

Zum Spielplan des 21. u. 23. Jan. haben von Jugendlichen nur Mädchen vom 14. Lebensjahre ab Zutritt.

Spielplan

für

Mittwoch, den 25., Samstag, den 28. u. Mittwoch, den 1. Februar

nachmittags 5 Uhr und 8 Uhr abends.

Besteigung des Monte-Rosa auf Skiern

Afrika im Film

mit Vorträgen.

Verkaufstellen siehe Anschlagesäulen.

Weißwaren

Nur Qualitätsware!

Reelle Bedienung. Billigste Preise.

Spezial-Etagengeschäft für Stoffe

Heinrich Hilberg, Augustastr. 7

Geschäftsverlegung.

Unsere Geschäftsräume befinden sich jetzt

Stefanienstr. Nr. 94 parterre

am Kaiserplatz Ecke Baischstraße

Olnschermann G. m. b. H.,

Kohlen- u. Brennholzhandlung.

Herrenstärkwäsche u. Hauswäsche

jeder Art auch nur zum Waschen bei schonendster, pünktlichster Bedienung

Waschanstalt Bardusch

Karlsruhe Kreuzstr. 7, Tel. 2101 — **Ettlingen** Telephon 61.

Vierjahreszeiten

Donnerstag, 26. Januar, 7½ Uhr

Konzert

Fela Rybier — Jouan Costi

(Klavier) (Baß)

Fela Rybier ist ein jugendliches Genie, dem eine große Zukunft winkt. Vortreffliche technische Qualitäten, ein ungewöhnliches Vortragstalent, vollständige Beherrschung des Instruments, großer Musiksinn, Schwung und ein außergewöhnliches Temperament müssen festgestellt werden. (Vossische Zeitung.)

Karten zu 12.—, 9.—, 6.— u. 4.— (ausschließlich Steuer) bei

Kurt Neufeldt

Eintrachtsaal

Freitag, den 27. Januar, 7½ Uhr

Einziger lustiger Abend

Professor

Marcell Salzer

Völlig neues Programm

Karten zu 15.—, 12.—, 9.— u. 6.— (einschließlich Steuer) in der Musikalienhdl.

Kurt Neufeldt

Bad. Landestheater.

Freitag, 20. Januar, 5½ bis g. 9½ Uhr. Mk. 40.—
Unter der Leitung des Komponisten Prof. Franz Schreker

Der Schatzgräber.

Im Landestheater. Spielplan vom 20.—21. Jan. Sa. 21. Uraufführung: *„Anna Boleyn", Drama in 3 Akten von Emil Bernhard 7 (25.—). — So. 22., nachm. 2 Uhr, Volksbühne „Der Froschkönig", abends 6 Uhr „Carmen" (50.—). — Die. 24: *„Die Zauberflöte" 7 (40.—) Th. Gem. B. V, B. Nr. 2001—2250. — Mi. 25. Volksbühne E 3 „Der Freischütz" 7 (40.—). — Do. 26. *„Traviata", Ungarische Tänze v. Brahms 7. (40.—). — Fr. 27. Volksbühne G 1 zum erstenmal: „Freund Heißsporn", Lustspiel in 3 Aufzügen von Emil Gött 7 (25.—). — Sa. 28. *„Anna Boleyn" 7 (25.—). — So. 29. vorm. 11¼ Uhr In der Wandelhalle des I. Rangs Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbands: Vortrag von Dr. Karl Wolff, Dramaturg des Sächsischen Landestheaters Dresden: „Vom Sinn und Unsinn des Theaters (6.—, für Mitglieder des Theaterkulturverbands 3.— an der Theaterkasse); abends 6½ Uraufführung: „Liebesmacht", Oper in 3 Akten von Rudolf Lothar. Musik von Alfred Lorentz. (50.—). — Di. 31. Volksbühne G 2 „Freund Heißsporn" 7.

Im Konzerthaus. So. 22. *„Liselott von der Pfalz" 7 (21.70). — Die. 24. Volksbühne F 5 „Kabale und Liebe" 7. — So. 29. *„Börsenfieber" 7 (21.70).

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—½1 und 4—6 Uhr), Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 21. Januar, nachm. ½4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 23. Januar an.

Herrn Collins Abenteuer.

Roman von **Frank Heller.**

(Copyright 1922 by Georg Müller in München.)

(15) (Nachdruck verboten.)

„Pfui, Mr. Kenyon, warf der Professor ein, man hat mir doch gesagt, Sie wären geistreich! Meine Ueberzeugungsversuche sind von ganz anderer Art. Kommen wir miteinander ins Klare. Was haben Sie gegen mein Geschäft in Southampton Road?"

„Was ich gegen Ihr Geschäft in Southampton Road habe?" schrie Kenyon ganz außer sich. „Nichts anderes, als daß es der unerhörteste Schwindel ist, der mir in meiner ganzen Praxis untergekommen ist," — der Professor lächelte diskret, was den jungen Detektiv aufs äußerste reizte — „und wenn meine Praxis noch nicht so lange ist, so kenne ich doch auf jeden Fall die Verbrechergeschichte hier im Lande gut genug, und noch nie, Herr Professor, habe ich einen so gemeinen Schwindel gesehen! Ja, Sie entschuldigen schon! Sie annoncieren in allen Zeitungen des Landes . . ."

„Nur den bessern," unterbrach der Professor rasch, aber Kenyon fuhr fort, ohne ihn zu beachten: „Ja, hol mich der Teufel, habe ich Ihre Annonce nicht schon so oft gesehen, daß ich sie auswendig weiß? Psychische Forschung: Professor Pelotard aus Paris sucht zu großer wissenschaftlicher Arbeit Mitteilungen über verschiedene Manien und Sammlerwut. Da es bekannt ist, daß solche Geistesrichtungen meistens mit hochgradiger Zerstreutheit, seelischer Unruhe und Gedächtnisschwäche zusammenhängen, werden Sie gebeten, bei eventueller Antwort gütigst anzugeben, ob das bei Ihnen der Fall ist. Vollständige Diskretion wird zugesagt. Die unangenehmen Folgeerscheinungen, die die Zerstreutheit und die Erschlaffung des Gedächtnisses zu einer wahren Geißel für den machen, der darunter leidet, werden nach Professor Pelotards neuer psychischer Methode verhütet und effektiv geheilt . . ."

„Ihr Gedächtnis macht Ihnen Ehre," gelang es dem Professor einzuschalten. „Sie haben offenbar meine Methode nicht nötig."

„Ihre Methode! Ich danke!" rief Kenyon und setzte mit steigender Energie seine Strafrede fort. „Antworten auf Ihre Annonce strömen in Massen ein, die Briefträger können es bestätigen. Sie bekommen Briefe von Leuten, die ihre Narreteien in Ihrem Buch beschrieben sehen wollen, von Leuten, die sich behandeln lassen wollen, und von Leuten, die beides wünschen. Sie behandeln sie nach Ihrer Methode, vermutlich nicht gratis . . ."

„Eine Kleinigkeit," murmelte der Professor, der ihm artig zuhörte, „zwei Pfund per Kur."

„Ich danke! Aber das ist das wenigste. Bis dahin sind Sie nur ein Scharlatan wie so und so viele andere. Ihr wirklicher Plan ist feiner. Sie haben erfahren, daß Mr. Jones zerstreut ist wie der Professor in den Witzblättern und für das Sammeln von chinesischem Porzellan lebt. Daß Mr. Brown, der sein Unglücksgenosse in der Zerstreutheit ist, ausschließlich für seine Sammlungen von Theaterzetteln existiert. Und daß Mr. Smith, dessen Zerstreutheit in ganz Kensington sprichwörtlich ist, sein einziges Interesse darin sieht, mexikanische Götzenbilder oder ägyptische Mumien zu sammeln. Eventuell behandeln Sie sie nach Ihrer Methode; aber gleichzeitig finden sich Ihre, pardon M. Lavertisses Agenten bei den Herren Smith, Brown und Jones ein. Herrn Smith bringen sie einen seltenen mexikanischen Götzen, Herrn Brown Theaterprogramme aus dem Globe-Theater zu Shakespeares Zeit und Herrn Jones eine auserlesene chinesische Porzellanfigur. Die Herren Smith, Brown und Jones werden von der unwiderstehlichen Sehnsucht ergriffen, diese Dinge zu besitzen, denn Ihre Ware ist erstklassig, aber Ihre Preise auch. Und eine Unschlüssigkeit entsteht in ihrem Innern: kaufen oder nicht kaufen, das ist hier die Frage. Uebrigens, woher beziehen Sie Ihre Waren?"

„Man hat seine Verbindungen," sagte der Professor lächelnd und blickte zu M. Lavertisse hinüber.

„Das kann ich mir denken! Nun wohl, mein lieber Professor, jetzt gebe ich zu, wird Ihr Plan geradezu geistreich. Während die Herren Smith, Brown und Jones noch zögernd dastehen, greift Ihr Agent ein und sagt: Aber ich bitte Sie, Sir, wir verkaufen gerne auf Abzahlung; wöchentlich, monatlich, vierteljährlich, ganz wie Sie wollen, Sir. Auf Abzahlung, denkt der arme Mr. Smith. That's it. Da merkt man es ja kaum, und er beeilt sich einzuschlagen. Eventuell bezahlt er auch gleich, aber was tut das? Sie verlieren nichts, nächste Woche ist der Agent wieder da. Früher oder später bleibt er in Ihrem Garn hängen. Ein schlauer Kontrakt wird aufgesetzt, den er unterzeichnet, und damit ist er verloren; denn wie Sie wissen, ist er so zerstreut, daß er kaum weiß, ob er am Morgen aufgestanden ist, geschweige denn, wie viele Male er seine Ratenzahlungen geleistet hat! Wie er selbst sagt, er merkt es kaum! Der Agent hingegen, der ist nicht von der Geißel des Jahrhunderts, der Zerstreutheit, angekränkelt; er findet sich mit der Regelmäßigkeit eines Uhrwerks ein, um seine Teilzahlungen in Empfang zu nehmen, und auf diese Weise bezahlt der Kunde seine Schätze drei-, vier-, ja fünfmal. Und unterdessen ist der Agent wieder mit neuen Kleinodien dagewesen, die die Herren Smith, Brown und Jones gekauft haben — auf Abzahlung! Und Sie sind noch frech genug, Buch darüber zu führen, wie Sie sie ausplündern!"

„Man muß doch Ordnung in seinem Geschäft haben," wendete der Professor ein.

„Ganz richtig, aber wären Ihre Bücher nicht gewesen, so wäre ich Ihnen nie auf die Spur gekommen, mein lieber Professor! Durch Ihre Bücher und durch diese rote Perücke, die Sie zu M. Lavertisse machte, und M. Lavertisse zu Ihnen! Ich weiß nun, daß Sie es waren, den ich heute morgen im Geschäft traf. Aber M. Lavertisse hatte die Perücke heute abend nachlässig aufgesetzt, und das erregte mein Mißtrauen — überdies ein rothaariger Franzose!"

Der Professor warf Lavertisse einen vorwurfsvollen Blick zu, und Kenyon sagte, durch seine eigenen Darlegungen sichtlich befriedigt:

„Wahrhaftig ein reizender Schwindel! Sie müssen ordentlich dabei verdient haben!"

„So, so," sagte der Professor und winkte mit der Hand ab, „aber bedenken Sie mein lieber Kenyon, was man wieder verliert, wenn die Leute einen mit falschem Gelde bezahlen, namentlich wenn sie es so oft tun, wie Sie behaupten! Was glauben Sie, habe ich Böses getan im Vergleich mit der Falschmünzerbande? Bagatellen! Ich habe doch nur bessere Kunden, und wenn sie ihre Waren ein bißchen überzahlen, so merken sie es kaum, wie Sie selbst sagten! Nein, die Falschmünzerei, mein bester Herr, das ist etwas anderes — etwas geradezu Vernichtendes für jedes gesunde geschäftliche Leben. Und einer solchen Sache wollen Sie mich bezichtigen?"

Bevor noch Kenyon etwas sagen konnte, fügte der Professor ruhig hinzu: „Das einzige, was ich mit der Falschmünzerbande zu tun habe, ist, daß ich heute nachmittag ihre sämtlichen Mitglieder aufgespürt habe."

(Fortsetzung folgt.)